

Der Wert-Arbeiter

**Bereinzelt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!**

Organ des Verbandes Deutscher Textilarbeiter

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 II
Telephon: Amt VII, Nr. 1078.

Inserate pro 3 gespaltene Zeilen 2 Mk. — Alle Inseraten, Abonnements- und Verbandsgelder sind an Otto Zehm & Co., Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.

Auflage: 102000 Exemplare

Inhalt:

Unsere Kampfaktik — Der Stand der deutschen Textilindustrie. — Färbereiarbeiter-Aussperrung in Krefeld. — Die Aussperrung der Textilarbeiter in Lodz. — Die Einheitskraft der deutschen Arbeiterversicherung. II. — Disziplin und Taktik. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen. — Soziales. — Gerichtliches. — Aus Handel und Industrie. — Betriebsunfälle. — Vermischtes. — Mißstände im Textilgewerbe. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Briefkasten. — Besanntmachungen. — Streitfalltafel. — Versammlungskalender. — Zentral-Kranken- und Begräbniskasse (E. S. 12, Sig Chemnitz). — Anzeigen. — Feuilleton (Fachgewerbliche Rundschau). — Wirtschaftliche Rundschau.

Bei Zuwendungen an uns oder an den Vorstand

ist es vorgekommen, daß drei oder vier verschiedene, alle möglichen Ressorts betreffende Angelegenheiten auf einer einzigen Postkarte erledigt wurden. Diese mußte dann von dem einen zum andern wandern. Leicht kann dabei etwas übersehen und unerledigt bleiben. Wir bitten deshalb, jede einzelne Angelegenheit auf einen besonderen Zettel zu schreiben, so daß derselbe leicht den betreffenden Ressorts zugewiesen werden kann.

Redaktion, Expedition, Vorstand.

Alle Ab- oder Aufbestellungen von Blättern müssen bis Montagabend in unseren Händen sein.

Zur denkwürdigen Geschichte

Da immer noch ein großer Teil von Orten mit Abonnements-, sowie Inseraten-Verträgen sich in Rückstand befindet, die Rechnungen sich gleichfalls schon längere Zeit in Händen der Beteiligten befinden, möchten wir dringend ersuchen, alle bis zum 31. Dezember 1906 fälligen Beträge möglichst umgehend an unterzeichneten einzulösen, damit die Bücher abgeschlossen und der noch vorhandene Bestand der Zentralkasse überwiesen werden kann. Mit kollegialem Gruß
Albin Reichelt, Chemnitz, Uferstraße 14.

Unsere Kampfaktik.

Im allgemeinen besteht wohl innerhalb des Verbandes die Ansicht, daß es nicht gut angängig ist, solche Fragen, Fragen der Streikführung, vor dem Gegner zu erörtern. Auch die Redaktion stand bisher auf diesem Standpunkt und ist auch heute noch der Ansicht, daß es hier Fragen gibt, welche, so wichtig sie auch für die Mitglieder sein mögen, nicht öffentlich, sondern nur im Kreise der Mitglieder erörtert werden können.

Indessen darf hierbei aber auch nicht das notwendige Maß in der Geheimhaltung dieser taktischen Erörterungen überschritten werden, und die Fragen, welche der Kollege Fritz Schulz in Berlin in seinem Artikel „Disziplin und Taktik“ aufgeworfen hat, können gewiß ohne Nachteil für die Organisation öffentlich zur Diskussion gestellt werden.

Kollege Schulz gibt in dem Artikel die Erfahrungen bekannt, die er in einem selbst durchgemachten längeren Kampfe gesammelt hat, und er knüpft daran seine Ansicht darüber, wie den Schwächen am besten begegnet werden könnte, welche in diesem und ähnlichen Kämpfen zutage getreten sind. Er kommt dabei zu dem Resultat, der Organisation eine andere — eine neue, wie er sagt — Kampfaktik empfehlen zu sollen. Diese angeblich neue Kampfaktik nennt er die Taktik der „fortgesetzten Beunruhigung“. Neu ist nun eigentlich diese Taktik nicht. In einigen Gewerkschaften findet sie schon ihre ausgiebigste Anwendung, und auch in unserem Verbande ist sie schon ausführlich erörtert worden, und zwar auf der letzten Generalversammlung des Verbandes in Mühlhausen i. Th. Der Referent zu dem Tagesordnungspunkte „Tarifverträge und Streikaktik“ hat dort auch die Anwendung der vom Koll. Schulz beschriebenen Kampfaktik empfohlen, und zwar mit dem Erfolge, daß die Generalversammlung den gemachten Vorschlägen ohne Debatte ihre Zustimmung gab. Diese Tatsache zeigt, daß die Verbandsfunktionäre und die im Vordergrund der Bewegung stehenden Kollegen wohl alle ähnliche Erfahrungen gesammelt haben, wie der Kollege Schulz, und es kann auch gar nicht anders sein. Wer, wie die Verbandsfunktionäre, die Aufgabe hat, die Kämpfe der Kollegen zu leiten, der empfindet, ohne daß weitere Zwischenfälle eintreten, die Schattenseiten des Messens der gegenseitigen Kräfte.

Für jeden einsichtigen und in den Kämpfen der Arbeiter mit dem organisierten Unternehmertum erfahrenen Kollegen ist das eine vollständig klar, daß die Unternehmervände damit, daß sie die Kämpfe in die Länge ziehen, nicht nur bezwecken, die Arbeiter bereit zu machen, daß sie auf Jahre hinaus Kampfes müde sind, sondern daß sie in erster Linie im Auge haben, die Kraft der Organisation an einigen Stellen zu isolieren, um so dem übrigen Unternehmertum die Bahn zur schrankenlosen Ausbeutung freizuhalten. Durch diese langen Kämpfe soll der Organisation die Möglichkeit genommen werden, kann man bei der bisher angewandten Taktik die Kräfte der Organisation in einigen Kämpfen längere Zeit festhalten, dann haben die Unternehmer an den übrigen Orten so lange Ruhe. Eine Organisation aber, die unsere mühsam erarbeiteten Kräfte in diesen ununterbrochenen Guerillakrieg führen, um eben möglichst vielen Kollegen zu einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zu verhelfen. Das waren die hauptsächlichsten Gesichts-

punkte, von welchen aus in Mühlhausen die Situation betrachtet wurde. Trotzdem aber in Mühlhausen auf der Generalversammlung Einmütigkeit vorhanden war, haben wir gesehen, daß im vorigen Jahre noch recht wenig von der Anwendung der empfohlenen Taktik die Rede war.

Warum liegt das?

Die Untersuchung dieser Frage ist zweifellos von der allergrößten Bedeutung. Kollege Schulz hat bereits auf die Schwierigkeiten hingewiesen, welche zu überwinden sind, um die Taktik der Beunruhigung in wirksamer Weise in Anwendung bringen zu können.

Es ist notwendig, noch einmal die Ausführungen hier wiederzugeben, die Kollege Schulz über diese Schwierigkeiten gemacht hat. Er sagt an verschiedenen Stellen folgendes:

„Es muß mit der alten Ansicht gebrochen werden, daß ein Streik so lange fortgeführt werden muß, bis ein Erfolg herausspringt. Wenn die von mir vorgeschlagene neue Taktik, einen begonnenen Streik möglichst früh wieder abzubrechen, selbst dann, wenn nichts erreicht ist, zur Durchführung gelangen soll, muß die Disziplin der organisierten Arbeiterschaft eine bessere werden. Zu dieser Disziplin, die heute so gut wie gar nicht vorhanden ist, müssen die Massen erst erzogen werden. Ein gewaltiges Stück Aufklärungsarbeit ist da noch zu vollbringen. Heute liegen die Dinge so, daß, wenn einzelne die Erfolglosigkeit des Streiks vor Augen sehen, die Situation aber eine noch nicht ganz verzweifelte ist, niemand es wagen darf, vom Aufgeben des Kampfes zu reden. Und doch, wenn es möglich ist, einen Streik nach vierzehn Wochen oder noch längerer Dauer resultatlos zu beenden, warum soll es da nicht möglich sein, dies schon erheblich früher zu tun? Jedenfalls muß die Ueberzeugung beigebracht werden, daß unter den heutigen Verhältnissen ein Streik nur von kurzer Dauer sein darf. Das heutige planlose Streiken muß durch ein systematisches ersetzt werden.“

Zweifellos liegt in diesen Ausführungen sehr viel Wahrheit. Es ist ja gewiß begreiflich, daß, wenn Arbeiter in den Kampf eintreten, sie auf einen unmittelbaren Erfolg rechnen und demzufolge glauben, solange wie möglich im Kampfe auszuhalten zu müssen. Wenn wir aber sehen, daß der Erfolg nicht den Erwartungen entspricht, dann muß in Zukunft gleich von vornherein bei den Kämpfen damit gerechnet werden, daß im gegebenen Zeitpunkt, wo man die eigentliche Natur des Kampfes erkennt, wo man erkennt, daß der Unternehmerverband ein Messen der Kräfte, einen Kampf bis zum Weißbluten im Auge hat, der Kampf auch eventuell ohne Erfolg abgebrochen wird.

Wir erreichen dadurch zweierlei. Erstens werden die Mitglieder nicht allzusehr in wirtschaftliche Mitleidenschaft gezogen, und zweitens kann die Organisation die durch den vorläufigen Abbruch des Kampfes frei werdenden Mittel sofort wieder an einem anderen Orte den Kollegen zum Angriff zur Verfügung stellen. Auf diese Weise können wir die Aktionskraft des Verbandes ganz außerordentlich steigern. Nehmen wir an, wir führen zu gleicher Zeit 10 Kämpfe, welche uns zusammen wöchentlich 50 000 Mk. kosten. Gestalten sich diese Kämpfe zu Dauerkämpfen und lassen wir uns auf diese ein, dann konzentrieren wir diese Kraft der Organisation vielleicht 16—20 Wochen auf die zehn Orte, und die Kollegen an den anderen Orten müssen so lange warten, bis vielleicht an dem einen oder anderen Orte durch Erschöpfung der Widerstandskraft der Arbeiter der Kampf zu Ende geht und die zur Führung eines neuen Kampfes erforderliche Summe wieder frei wird. Nehmen wir nun einmal an, diese zehn Kämpfe erlangten eine durchschnittliche Dauer von 18 Wochen, dann könnten wir mit den oben angenommenen 50 000 Mk. pro Woche nur 40 Unternehmern angreifen. Gingen diese unsere Stiofkraft eine bedeutend schärfere, wenn wir unsere Taktik so einrichten, daß wir mit der Summe von 50 000 Mk. etwa 120 bis 150 Unternehmern angreifen und ihre Betriebe ein oder mehrere Male im Jahre auf drei und vier Wochen oder je nachdem, wie es für den speziellen Fall geeignet erscheint, stilllegen können. Dann ist die Beweglichkeit und Angriffskraft der Organisation mit derselben Summe eine drei- bis viermal stärkere. Die Kämpfe, welche vorläufig resultatlos abgebrochen würden, würde der Vorstand sofort wieder als in Aussicht genommene neue Kämpfe in Nota nehmen und sofort aufs neue, eventuell zwei- bis dreimal im Jahre, beginnen. Dann wird vielleicht die Sache ganz anders. Dadurch, daß die Organisation mit 50 000 Mk. anstatt an 40 Orten beginn, in 40 Betrieben in 120 bis 150 Betrieben zum Kampfe anrücken kann, stärkt sie nicht nur die Positionen der Arbeiter ganz bedeutend, sondern sie stärkt sich auch selbst. Kann die Organisation im Jahre in viermal mehr Orten oder Betrieben kämpfen, dann wird sie auch viermal mehr Mitglieder gewinnen, weil naturgemäß die meisten Mitglieder bei Lohnbewegungen gewonnen werden, und wenn bei den in Aussicht genommenen Kämpfen gleich von Anfang an der eventuelle erfolglose Abbruch des Kampfes, als Verschärfung desselben, mit unter die Kampfmittel genommen wird, dann beschwinden auch die Mitgliederverluste, welche wir heute noch häufig bei Beendigung erfolgloser Kämpfe zu verzeichnen haben. Der Abbruch des Kampfes wäre dann eine Waffe der Arbeiter, und keineswegs die unwirksame.

Dem Unternehmerverbande ist es heute nicht allzu schwer, einzelne Unternehmer auf eine längere Dauer hinaus zu unterstellen. In der Regel brechen doch das erste Mal die Kämpfe nicht plötzlich aus. Die Organisationen bereiten sich alles möglichst gut vor und lassen kein Mittel unbenutzt, um die Differenzpunkte ohne Kampf zu beseitigen. Es vergehen da häufig Monate, ehe es zum eigentlichen Kampfe kommt. Diese Zeit lassen die Unternehmer nicht unbenutzt verstreichen. Es werden sofort die dringlichsten Arbeiterhergeben, und man setzt sich mit Abnehmern wie Lieferanten auseinander, um beide zur Stundung der zu liefernden oder abzunehmenden Waren zu veranlassen. Kann darüber noch vor dem Beginne des Kampfes eine Aussprache stattfinden, dann ist es nicht allzu schwer, eine Stundung auf Wochen hinaus zu erreichen. Der Unternehmer findet also in den meisten Fällen hinreichend Zeit, sich für den Kampf vorzubereiten. Wir finden nur zu häufig, daß einzelne Unternehmer in den ersten Stadien der Bewegung viel-

entgegenkommender sind, wie in späterer Zeit. Das liegt einfach daran, daß sie völlig unvorbereitet von den Arbeitern überfallen worden sind. Leider sind die Arbeiter zu dieser Zeit in den meisten Fällen nicht so schlagfertig, um diese Schwäche des Unternehmers auszunutzen zu können. Würden sie in diesem Stadium den Kampf sofort beginnen, dann würde er auch in den meisten Fällen nach kurzer Zeit zum Erfolge führen; denn die Unterstufungen, welche die Unternehmer beziehen, machen sie allein nicht so widerstandsfähig, daß sie den Kampf 13 bis 16 Wochen fortsetzen können. Bei dieser Unterstützung aus dem Unternehmerverbande muß noch hinzukommen, daß ihm die Lieferanten und Abnehmer die Lieferung und Abnahme der Aufträge stunden. Gelingt dem Unternehmer das letztere, dann ist er hahn im Morde. Er bekommt in der Regel 30 bis 40 Proz. der an die Arbeiter gezahlten Lohnsumme als Entschädigung, und wenn irgend eine Möglichkeit ist, bezahlt man ihm auch noch das Feuerungsmaterial zur Lieferung der Betriebskraft, und auf diese Weise ist es möglich, den Kampf wochenlang zu führen.

Was ergibt sich nun für die Arbeiter aus dieser Tatsache?

Nun, nichts anderes, als daß sie dafür sorgen, immer schlagfertig zu sein. Wenn heute die Kollegen in eine Lohnbewegung treten und die Mehrzahl der Arbeiter erst durch diese Lohnbewegung für die Organisation gewonnen werden soll, so zieht sich allemal die Bewegung viele Wochen hin, ehe es zur Stellung der Forderungen kommt. In allen diesen Fällen wird es dem Unternehmer möglich, sich in der vorstehend bezeichneten Weise auf den Kampf einzurichten. Man braucht dann nicht etwa auf die Stellung der Forderungen zu verzichten, sondern man kann sie stellen, und wenn die Vorbedingungen dafür gegeben sind, kann man schließlich auch in den Kampf eintreten. Sieht man aber dann, daß der Unternehmer sich in der hier gezeigten Weise auf den Kampf eingerichtet hat, dann breche man ihn wieder ab, um ihn einige Monate später, wenn wieder alles im Gange ist, plötzlich von neuem zu beginnen. Die Organisation ist dann schlagfertiger, und weil dann auch der Unternehmer unvorbereitet getroffen wird, ist eine bessere Aussicht auf Erfolg vorhanden. Daß diese Taktik die einzig richtige ist, das konnte wir unter anderem auch aus dem Loben der Unternehmervereine erssehen, als wir vor einigen Wochen bereits darauf hinwiesen.

Doch lassen wir sie toben und mit Aussperrungen drohen — wenn ihnen unsere Kampfesweise nicht gefällt, dann mögen sie Tarifverträge mit uns abschließen.

Es darf demnach für keinen Kollegen und keine Kollegin irgend ein Zweifel darüber bestehen, welche Taktik in Zukunft in Anwendung kommen muß. Wir haben hier so viel Beispiele für die Notwendigkeit der Veränderung der bisherigen Taktik angeführt, daß selbst auch dann, wenn kein Beschluß der Generalversammlung vorläge, mit der alten Kampfaktik gebrochen werden müßte. Kollege Schulz hat vollständig recht, wenn er sagt:

„Es genügt eben nicht mehr, zu versuchen, die Massen für die Organisation zu gewinnen; die Hauptaufgabe besteht darin, die organisierten Mitglieder innerhalb der Gewerkschaft zu gut disziplinierten Kampftämpfern zu erziehen, sie so aufzuklären und zu schulen, daß sie im gegebenen Moment nicht versagen. Und da ist auch in unserer Organisation bis heute leider viel versäumt und viel gesündigt worden.“

Gewiß, hier ist viel gesündigt worden, und es berührt die jungen Kollegen, welche das schon lange eingesehen haben und sich leider vielfach vergebens mühten, diese Versündigung zu verhüten, ordentlich wohlthuend, daß es gerade ein Berliner Kollege ist, welcher dieser seiner Ueberzeugung Ausdruck gibt.

Gewiß, Disziplin, und zwar eine gute Disziplin gehört dazu, um eine solche Kampfaktik wie diejenige, die wir hier im Auge haben, anwenden zu können. Leider sind es die Kollegen vielmals selbst, welche der Organisation in dieser Beziehung die größten Schwierigkeiten bereiten.

Alle persönlichen und geschäftlichen Streitigkeiten innerhalb der Organisation hemmen die Schaffensfreudigkeit der Mitglieder und untergraben die Disziplin.

Was verstehen wir denn unter gewerkschaftlicher Disziplin? Kollege Schulz sagt ganz richtig, daß man darunter keineswegs verstehen kann. Kollege Schulz sagt leider nicht, was er unter Disziplin, im gewerkschaftlichen Sinne genommen, versteht. Nun, diese Disziplin im gewerkschaftlichen Sinne ist und darf niemals etwas anderes sein, als das ungetrübe Vertrauen der Mitglieder in die Eigenschaften und Fähigkeiten der führenden Kollegen. Die Mitglieder müssen das Vertrauen zu den führenden Kollegen haben, daß letztere auch in den schwierigsten Wechselfällen des gewerkschaftlichen Lebens stets nach bestem Wissen und Gewissen ihre Pflicht und Schuldigkeit tun.

Die Mitglieder sowohl wie auch die führenden Kollegen haben demnach gleichermaßen ein wohlgegründetes Interesse daran, daß das Vertrauen nicht getrübt werde; denn ist das Vertrauen weg, dann ist auch die Disziplin zum Teufel.

Die Mitglieder haben insbesondere auf zweierlei zu achten: erstens darauf, daß sich die führenden Kollegen überall eines vertrauenswürdigen Verhaltens befleißigen, und zweitens aber darauf, daß das Vertrauen der Kollegen in führender Stellung nicht durch unwahre Behauptungen untergraben wird. Wer von den Mitgliedern durch unwahre Behauptungen, die nicht persönlicher Geschäftigkeit entspringen, das Vertrauen in die führenden Kollegen untergräbt, der ist ein Schädling in der Organisation. Die berat ungerichtet angegriffenen Kollegen befinden sich in solchen Situationen gewöhnlich in einer recht beklügelten Lage. Führende Kollegen sollen erst recht keinen Anschein persönlicher Geschäftigkeit aufkommen lassen. Aus diesem Grunde werden sie häufig unredliche Beschuldigungen ein. Es soll erst kein Streit entstehen. Leider aber wird dadurch die Sache vielfach nicht besser. Wenn der beschuldigte Kollege, um den Streit zu vermeiden, nicht auf die Beschuldigungen reagiert, dann wird das nur zu häufig als Beweis, mittel für die Richtigkeit der Beschuldigung angesehen. Ist aber dann der Kollege gezwungen, die Unwahrheit anzunehmen, was dann gewöhnlich nicht in größter Gemütsruhe vor sich geht, dann

Färbereiarbeiter-Aussperrung in Krefeld.

Im November vorigen Jahres wurde hier eine Lohnbewegung der gesamten Färbereiarbeiter nach längeren Verhandlungen mit dem Verband der Färbereibesitzer zu einem für die Arbeiter sehr friedlichen Abschluß gebracht. Die Färbereibesitzer scheinen nicht die Absicht zu haben, die damaligen Abmachungen zur Basis eines dauernden Friedens zu machen. Schon vor den Weihnachtstagen legte die Arbeiterschaft von verschiedenen Firmen über die in verschiedener Hinsicht sehr rigorosen Vorgehen seitens mancher Firmeninhaber und Angestellten, obwohl zugestandenemassen die Ausschüsse meistens rechtlich bemüht waren, etwaigen Übergriffen der Arbeiter zu steuern und jeden Arbeiter, der sich etwas zu Schulden kommen ließ, an seine Pflicht zu mahnen. Bei der Firma G. A. Kötting wäre es wohl schon vor den Weihnachtstagen zum Bruch gekommen, wenn nicht die Arbeiter im Hinblick auf die Feiertage sich wieder hätten beruhigen lassen. Die Firma hatte zunächst ein geradezu unerträgliches Kontrollsystem eingeführt und außerdem jedes Kaffeetrinken innerhalb der zehnstündigen Arbeitszeit unter sagt und die Entfernungen aller Kaffeegeschirre aus den Arbeitsräumen verlangt. Um nun den entschiedenen Protest der Arbeiter zu verstehen, müssen wir die Betriebsverhältnisse bei der Firma G. A. Kötting einer kritischen Würdigung unterziehen.

Den ganzen Tag herrscht dort eine unerträgliche Hitze, ein Qualm und Dampf, in dem es nicht zum Aushalten ist; am schlimmsten ist es im Sommer, wenn die Sonne auf das Wellblechdach scheint, dann ist die Hitze geradezu geßlich. In einer solchen Hitze wird natürlich der Körper der dort Arbeitenden durch das ewige Schwitzen ausgetrocknet, so daß bei jedem das Bedürfnis zu trinken häufiger sich bemerkbar macht, wie bei Leuten, die unter normalen Temperaturverhältnissen arbeiten. Nun heißt es: die Leute können ja Wasser trinken. Bei dieser Arbeit und der Verschaffenheit des Wassers ist es aber sehr wohl zu verstehen, daß die Leute darauf nicht eingehen wollen. Zunächst wird das Wasser nicht wie in anderen Betrieben durch Pulsmometer in die Wasserleitungen gepumpt, wodurch es etwas erwärmt und auch einigermaßen filtriert wird, sondern durch gewöhnliche Pumpen befördert. Hierdurch kommt es, daß das Wasser Sommer und Winter eifrig kalt ist, und da es nicht filtriert wird, eine Menge Sand usw. enthält. In der Winterzeit fließt an den Waschmaschinen jeden Tag die eisernen Platten entfernt werden, um die Löcher vom Sand zu reinigen, auch soll es schon vorgekommen sein, daß bei solcher Gelegenheit kleine Würmchen aus den Löchern geholt worden sind. Tatsache ist nun, daß namentlich im Sommer viele Magentranke in dem Betrieb sind, was wohl nur auf den Genuß dieses Wassers zurückzuführen ist. Die Arbeiter wollen nun nichts weiter, als daß wie das auch bis zum 1. Dezember vorigen Jahres der Fall war, es ihnen gestattet sein solle, während der Arbeitszeit zu ihrem Butterbrot und auch während des Tages einen Schluck Kaffee zu trinken, um nicht immer auf das eistalke und nicht ganz reine Wasser angewiesen zu sein. Da die Firma das strikte ablehnt und auch über das unerträgliche Kontrollsystem eine befriedigende Einigung nicht zustande kam, kündigten die Arbeiter.

Bei der Firma B. Wölter u. Roemer liegt die Sache nun folgendermaßen: Am letzten Samstag wurden dort plötzlich 18 Mann gefündigt, angeblich wegen Arbeitsmangels. Nun hatte aber eine ganze Anzahl Kollegen, sogar welche von den Entlassenen, in derselben Woche noch tagelang 18 Stunden gearbeitet, sogar noch am Tage vor der Kündigung. Außerdem wurden Äußerungen von der Firma mitgeteilt, wonach bei der Kündigung auch die Zugehörigkeit zu unserer Organisation und die Tätigkeit innerhalb derselben eine Rolle spielte. Die Belegschaft erblickte nun in dieser Maßregel eine unerhörte Härte und war der Meinung, daß man die Leute nicht so ohne weiteres auf die Straße zu werfen brauche. Sämtliche Arbeiter waren bereit, jede Woche einen und, wenn nötig, auch zwei Tage pro Woche zu feiern, wie das häufig in den Färbereien geschieht, dann könnten die Entlassungen vermieden werden. Der Ausschluß wurde beauftragt, diesen Wunsch der Arbeiter der Firma zu unterbreiten. Er wurde aber in so brutaler Weise empfangen und abschlägig beschieden, daß sich der ganze Arbeiterschaft eine große Aufregung bemächtigte und sie insgesamt die Kündigung einreichte. In diesem Stadium bemächtigte sich der Vorstand der Färbereivereinigung der Bewegung und ließ in sämtlichen Färbereien durch Anschlag bekannt geben, daß, wenn bis Freitag, den 18. Jan., die Streikenden nicht bedingungslos die Arbeit aufgenommen hätten,

über sämtliche Krefelder Färber die Aussperrung verhängt wurde. Eine sofort einberufene Sitzung des Vorstandes, des Färbereivorstandes, des christlichen Bezirksleiters und sämtlicher Färbereiausschüsse sprach einstimmig aus, daß ein bedingungsloses Unterwerfen nun und nimmer empfohlen werden könne. Das ganze Vorgehen der Färbereibesitzer deutet darauf hin, daß, wenn die Färbereiarbeiter sich nicht die Erinnerung ihrer mit vieler Mühe geschaffenen Organisation gefallen lassen wollten, sie um eine Strafpflicht nicht herumkommen würden. Und wenn die Färbereibesitzer sie haben wollen, dann ist es besser, sie kommt jetzt, wo die Konjunktur noch eine gute, die Einigkeit unter den Färbereibesitzern wegen des ungeheuren Schadens, den ihnen eine Aussperrung in der jetzigen Situation bringt, dagegen eine sehr geringe ist. Würden die Arbeiter immer und immer zurückweichen, bis die Saison beendet wäre, so würden ihnen die Färbereibesitzer dann erst recht den Fuß auf den Nacken setzen. Hier war kein Versehen mehr möglich, sondern es gab nur eine Stimme: man müsse die Dinge an sich herankommen lassen.

Die Färbereibesitzer haben nun ihre Drohung wahrgemacht. Seit Samstagabend stehen in 25 Färbereien circa 2500 Arbeiter außer Arbeit. Am Montag, den 21. Jan., sollten in der Handelskammer Verhandlungen zwischen dem Fabrikantenverband, den Verbandsvorstellern und den Arbeiterschüssen stattfinden. Führten dieselben nicht zur Einigung, so haben wir den lange drohenden Kampf. Die Färbereiarbeiter werden ihn mit Ehren zu bestehen wissen.

Die Aussperrung der Textilarbeiter in Lodz.

In Unternehmerrblättern wird es so dargestellt, als ob die Arbeiter des polnischen Manchester die Aussperrung herbeigeführt hätten, die lediglich ein Akt der Notwehr der bedrängten Fabrikanten sei. Nach dem „Confectionaire“ haben zwei Jahre genügt, um das, was Energie, Arbeitsamkeit, Fleiß und Ausdauer im Laufe von über 80 Jahren geschaffen, an den Rand des Ruins zu bringen. Derselbe Arbeiter, der dazu ersehen und berufen war, unter Anleitung von geschulten und befähigten Meistern und unternehmungsfreudigen Fachleuten der Industrie im Königreich Polen und vornehmlich in Lodz einen geordneten Boden zu schaffen, der durch seine Handarbeit den Erzeugnissen der Technik zur Produktionsfähigkeit verhalf, steht heute, so schreibt die „Lodzger Zeitung“, vertrieben vom Werke der Zeit dem durch Jahrzehnte geschaffenen Werke feindlich gegenüber und verzweifelt sich, einem gewissenlosen Werber gleich, an Hab und Gut, vernichtet und ruiniert gewaltam, was die Vorfahren geschaffen. Durch die anhaltenden Streiks, erhöhten Lohnforderungen, wurde die Lodzger Industrie in eine neue Lage versetzt, in welcher sie nicht mehr konkurrenzfähig ist mit den Fabriken im Kaiserreich. Aber noch viel schlimmer und verlustbringender gestaltet sich der Terror, welcher von gewissenlosen Agitatoren ausgeht und der wiederholt zur Schließung verschiedener Fabriken führte. Es kam in zahlreichen Unternehmungen so weit, daß die Arbeiter, von mannigfaltigen Dummköpfen angestachelt, sich in die geltenden Vorschriften nicht mehr fügen wollten, die Meister gewaltam entfernten und sich verdröckerische Handlungen zu Schulden kommen ließen. Daß unter solchen Umständen an eine gedeihliche Entwicklung der Industrie nicht mehr zu denken war, ist selbstverständlich.

Es wird dann weiter mit Bedauern gemeldet, daß verschiedene Großindustrielle ihren Wohnsitz im Auslande zu nehmen sich veranlaßt sahen, unter ihnen auch der Großindustrielle Lubof Keller, der 27 Jahre hindurch mit an der Spitze der Lodzger Industrie eingegriffen sei. Keller wird als Wohltäter gepriesen, der nun infolge des Terrorismus der Arbeiter der Stadt verloren ginge. Dieser Terrorismus habe sich am schlimmsten in der großen Baumwollmanufaktur von Boznansky gezeigt, deren Eigentümer sich jetzt auch im Auslande befinden, nämlich in Berlin, von wo aus sie die Aussperrung leiten. In der Fabrik dieser „Wobauern“ sollen sich die Arbeiter einfach unglaublich benommen haben. Gewalttätigkeiten, Diebstähle, Unfug aller Art, Unbotmäßigkeiten u. a. m. seien an der Tagesordnung. Die siebentausend Arbeiter der Fabrik streikten ohne jeden Grund. Da alle Einigungsversuche scheiterten, habe sich der Verband der Baumwollfabrikanten zum letzten schweren Schritt entschlossen: zur Aussperrung der Arbeiter auf allen Fabriken, die zum Verbände der Arbeiter gehörten. Dadurch wurden etwa 20 000 Arbeiter getroffen.

zusammen mit ihren Familienangehörigen also wohl mindestens 50-60 000 Personen.

Wenn die Dinge wirklich so lägen, könnte man den Boznansky und Konforten, denen der Boden in Lodz zu heiß wurde, ein gewisses Mitleid nicht verweigern. In Wirklichkeit liegen jedoch die Dinge ganz anders. Die Herren sind nämlich ins Ausland gegangen, um ihre schwarzen Pläne ungehindert ausführen zu können. Sie planten schon längst die Aussperrung und zwar, weil die Kontrerevolution über Wasser getrieben. Wenn sie bei Aufrechterhaltung der den Arbeitern gemachten Zugeständnisse nicht konkurrenzfähig bleiben könnten, würden sie diese Zugeständnisse gewiß gar nicht erst gemacht haben. Erst seit die Unternehmerschaft im ganzen russischen Reich daran ist, die wirtschaftlichen Verbesserungen, welche sie den Arbeitern aussetzen mußte, rückgängig zu machen, kam auch den Lodzger Unternehmern der Gedanke, nach dieser Richtung hin einen Vorstoß zu versuchen.

In dem zentralrussischen Industriegebiet wie in Petersburg haben die Arbeiter derartigen Attentaten keinen großen Widerstand entgegen setzen können und es kam dort nicht zu großen wirtschaftlichen Störungen. Anders in Russisch-Polen. Mit derselben zähen Ausdauer und revolutionärem Eifer, mit dem die Fabrikproletarier den politischen Kampf führen, haben sie auf wirtschaftlichen Gebieten ihre Interessen verteidigt, und ganz besonders in Lodz waren die verschiedenen zwei Jahre eine Zeit ununterbrochener Kämpfe. Aber behauptet man doch nicht, daß dadurch die Konkurrenzfähigkeit Russisch-Polens mit Zentral-Rußland unterbunden worden wäre! Wenn der Warenabsatz Polens nach Zentralrußland ins Stoden gerät, so dadurch, daß die Konjunktur in der Textilindustrie Polens überhaupt gedrückt ist.

Es ist das eine direkte Folge der Störung des Kredits und der Hungersnot in Rußland. Lodz arbeitet eben für den russischen Markt; der hungernde Bauer kann keine Ware kaufen, der Kaufmann hütet sich, sein Lager zu füllen, zumal er keinen Kredit findet. Unter solchen Umständen bedeutet die Stilllegung der großen Fabriken für die Kapitalisten keinen allzu großen Verlust. Dabei kommt in Betracht, daß diese Kapitalmagnaten in der Tat über riesenhafte Mittel verfügen. Seit zwei Menschengaltern wurden in Lodz fabelhafte Profite erzielt; obgleich die Fabrikanlagen mit schwindelhafter Schnelligkeit erweitert wurden, sind sie heute amortisiert, die Baumwollfäbriken sind nicht auf Kredit angewiesen, im Gegenteil, die Scheidler, Boznansky, Krinzel verfügen über immense Geldkapitalien, beherrschen die Banken. Unter solchen Verhältnissen ist die Sperrung der Fabriken für Wochen, selbst für Monate ein Verlust, der sich verschmerzen läßt. Ja, sie ist unter Umständen ein gutes Geschäft; es gibt in Lodz noch Tugende von kleineren Fabriken, besonders Webereien, die den Maschinenbetrieblässige Konkurrenz machen. Werden nun die großen Fabriken gesperrt, so sind diese Konkurrenten lahmgelagert, denn sie bekommen kein Garn; eine solche Produktionsstörung halten sie aber nicht aus, weil sie alle auf Kredit arbeiten und nur bei ununterbrochenem Umsatz existieren können. Die Aussperrung könnte daher den für die Scheidler, Boznansky und Konforten erwünschten Ausgang haben, daß der Widerstand der Arbeiter gebrochen und die kleinen Konkurrenten, die noch nicht durch die wirtschaftliche Depression der Revolutionszeit vernichtet sind, ans Messer geliefert werden. Ein Trübsal der Baumwollmagnaten zur Ausplünderung der Konsumenten ist dann das nächste Ziel.

Die Aussperrung war also beschlossene Sache bei den Hauptmachern. Man wartete auf eine „schickliche“ Gelegenheit.

Diese bot sich in der Fabrik von Boznansky. Das ist für jeden Kenner der Dinge in Lodz sehr erklärlich, denn die Herren Boznansky sind in ganz Polen die Personifizierung schamhaftester Profitgier und Skrupellosigkeit. Noch vor 40 Jahren war der Begründer der Firma, der Vater der jetzigen Millionäre, ein schäbiges Schacherjüdelein; als Arbeitgeber sind die Herren die schamhafteste Gesellschaft in ganz Lodz, und das will etwas heißen. Natürlich sind die Angestellten der Firma zum Teil würdige Diener ihrer Herren. Es gibt darunter Leute, die eine ganze Garnitur von Kriminalverbrechen auf dem Verholzh haben, weil eben anständige Techniker und Meister es nicht solange bei solchen Unternehmern aushalten, sondern in der Regel mit Krach, wobei es wiederholt überlassen für die Herren Geis setze, schlüssig ihre Stellung verlassen. Was Wunder, wenn in der Fabrik von Boznansky das Verhältnis zwischen Arbeitern einerseits und Verwaltung und Meistern andererseits das denkbar schlechteste war und ist, daß dort seit dem Ausbruch der revolutionären Bewegung die Konflikte nicht aufgehört. Zu einem solchen Ausbruch kam es wiederum im No-

führung notwendiger Schritte erzielt. Die wesentlichen Vorschläge des Exekutivkomitees beziehen sich auf die Einführung einer Kaffeeregulierung mit 4 Proz. Skonto nach 60 Tagen, Festsetzung eines sechsmonatigen offenen Ziels und Einführung einer Akzeptanzprämie durch Verlängerung der äußersten zulässigen Zahlungsfrist bei Akzeptation um einen Monat. Wie es heißt, ist auch die Ausdehnung des Konditionsübereinkommens, eventuell mit Ergänzungen, auf die Wunt- und Futtermittelbranche geplant.

Unternehmergewinne. Baumwoll-Feinweberei in Augsburg. Die Gesellschaft weist für 1906, einschließlich 57 240 Mk. Vortrag, einen Reingewinn von 278 708 Mk. (380 622 Mk.) aus. Der am 11. Februar stattfindenden Generalversammlung soll vorgelegt werden, eine Dividende von 12 Proz. (wie im Vorjahre) zu verteilen, 65 000 Mk. dem Extramortifikationsfonds, 10 000 Mk. dem Dispositionsfonds, 2000 Mk. dem Gehaltens-Äquivalentkonto und 8000 Mk. der Pensionskasse zu überweisen, sowie den Rest von 43 708 Mk. (57 240 Mk.) auf neue Rechnung vorzutragen. — **Saunfetter Spinnerei und Weberei, A.G. in Augsburg.** Die Gesellschaft erzielte in 1906 einen Reingewinn von 287 679 Mk. (234 430 Mk.), woraus eine Dividende von 14 1/2 Proz. (1 1/2 Proz.) verteilt wird. Dispositionsfonds, Dividendenreserve und Restantionskonto erhalten je 20 000 Mk. Verzutragen werden 22 127 Mk. (24 431 Mk.). — **Die Baumwollweberei Böschlingsweiler in Augsburg** hatte in 1906 einen Reingewinn von 107 718 Mk. Als Dividende werden 17 1/2 Proz. (15 1/2 Proz.) verteilt und zu Amortisationen 25 915 Mk., zur Extramortifikation 20 000 Mk. verzuwandelt bei 19 185 Mk. (32 469 Mk.) Vortrag.

Wirtschaftliche Rundschau.

Aus verschiedenen Jahresberichten: die Bauaktivität und der Grundstücks- und Hypothekenverkehr, die Sauerbedischen Indexpreise für 1906.

Aus den allmählich erscheinenden kapitalistischen Jahresübersichten haben wir auch diesmal einige kennzeichnende Beobachtungen und Urteile hervor.

Für die Baubranche, den Grundstücks- und Hypothekenmarkt wird sowohl aus dem Berliner Zentrum wie aus dem wesentlichen Industriegebiet auf die Wirkungen der schwierigen Reichkapitalbeschaffung des letzten Jahres hingewiesen. Der Verein der Berliner Grundstücks- und Hypothekensmakler bezeichnet, trotz mancher Rückschläge in der Bauaktivität gegen das Vorjahr 1905, immer noch für Groß-Berlin (Berlin und Vororte) einen riesigen Immobilienumsatz von 1200 Millionen Mark. Aber der verfeinerte Geldstand und die störende Wandbriefunterbrechung der kreditgebenden Banken machte sich zunehmend mehr und mehr fühlbar. Die Gesamtsumme der registrierten Hypotheken von 88 Banken betrug im 1. Semester 8909,56 Millionen Mark gegen 8064,36 Millionen Mark am 31. Dezember 1905. Die Zunahme für das erste Halbjahr 1906 beträgt somit nur 245,20 Millionen gegen 295,20 Millionen Mark im gleichen Zeit des Vorjahres. Der Obligationen-(Anleihe-)Umlauf der 88 Institute betrug am 30. Juni 1906 8888,88 Millionen Mark gegen 8482,97 Millionen Mark am 31. De-

zember 1905. Somit berechnet sich die Zunahme für das erste Halbjahr 1906 auf nur 250,36 Millionen Mark gegen 348,68 Millionen Mark im gleichen Zeitraum des Vorjahres und gegen 166,53 Millionen Mark im 2. Semester 1905. Diese Einschränkung des Wandbriefabsatzes nötigte natürlich die Hypothekenbanken zur Zurückhaltung in der Beleihungstätigkeit. Im letzten Quartal haben so ziemlich sämtliche Hypothekenbanken die Annahme neuer Beleihungsanträge eingestellt, oder nur in sehr beschränktem Maße gearbeitet. Der abnorm hohe Geldstand sicherte ja auch ihren flüssigen Kapitalien einen viel höheren Zinsgewinn, als die Anlagen in Hypotheken. Trotzdem hofft der Bericht auf ein weiteres gutes Grundstücks- und Baujahr, da selbst eine andauernde geringere Flüssigkeit des Hypothekensredits durch das rasche Aufstreben von Großbauten mehr wie ausgeglichen werde.

Für das weltliche Industrie- und Handelsgebiet entwirft die Rheinisch-Westfälische Bodenkreditbank in Köln ein ähnliches Bild des verflochtenen Jahres 1906. Die berichtende Hypothekenbank kann mit ihren Ergebnissen durchaus zufrieden sein; sie schlägt eine Dividende von 8 Proz. (gegen 7 1/2 Proz. im Jahre 1905) vor. Aber seit dem kritischen Jahre 1901 sah sie sich in der Steigerung ihres Wandbriefumsatzes noch niemals so sehr, eben durch die Konkurrenz höher verzinslicher Gelddarlehnen, gehemmt. Während 1902 der Wandbriefumsatz um 14,9 Millionen Mark wuchs, 1903 um 17,7 Millionen Mark, 1904 um 19,3 Millionen Mark, 1905 um 18 Millionen Mark, schrumpfte im Jahr 1906 auf noch nicht ganz 4 1/2 Millionen Mark zusammen. „Die vorstehend geschilderten Verhältnisse“, heißt es dann auch hier weiter, „mühten zur größten Zurückhaltung in der Neubewilligung fester Hypotheken veranlassen. An Darlehen gelangten daher nur 21 318 738 Mk. zur Auszahlung, während aus älteren Abschüssen 16 739 612 Mk. zurückerhalten, so daß der Hypothekenbestand im ganzen nur eine Vermehrung von 4 574 225 Mk. aufwies.“

Die deutsche Preisstatistik mit ihren Aufwärtsbewegungen haben wir oft genug zur Verdeutlichung des allgemeinen Wirtschaftsganges herangezogen. Nun fallen aber für Deutschland noch spezielle Verteuerungen und Preisverschiebungen ins Gewicht, nämlich durch die, am 1. März 1906 in Kraft getretenen Zoll erhöhungen. Als getreuerer Widerspiegelung der rein wirtschaftlichen Konjunktur kam daher die Preisgestaltung in England gelten, wo die Freihandelspolitik künstliche staatliche Preisbeeinflussungen ausschaltet. Auch hier tritt in der bekannten Sauerbedischen Preisvergleichung (für 45 Hauptwaren) der fortschreitende Aufschwung des Jahres 1906 klar zutage. Setzt sich in den für England weniger günstigen Jahren 1901 bis 1904 noch eine Durchschnitts-Indexziffer von 69/70 ergeben — Sauerbed geht von jeder von dem elfjährigen Preisdurchschnitt von 1867 bis 1877, gleich 100, aus —, so hob sich dieser Durchschnitt 1906 bis auf 72 empor, 1908 bis auf 77. Seit 1888 war eine solche allgemeine Preissteigerung in England nicht mehr erreicht worden. Dabei allgemeine Preissteigerung in England abermals ein stetiges Aufsteigen, so daß der Dezember 1906 (mit 70,7) schon wieder um fast 8 Punkte über dem Jahresdurchschnitt, um 4 1/2 Punkte über dem Januar 1906, steht. Das rasche Emporschnellen erfährt die Gruppe Metalle und Mineralien im Gruppendurch-

schnitt um 17 Proz. Gegen den Jahresanfang stieg z. B. bis zum Jahresende: Cleveland-Eisen von 51 auf 62 Schilling pro Tonne, Sömaiteisen von 72 auf 80 Schilling — Standardkupfer von 70 1/2 Pfund Sterling pro Tonne auf 107 1/2 Pfund Sterling, was den seit 1872 beobachteten höchsten Kupferpreis darstellt — Zinn von 161 Pfund Sterling auf 193 1/2 Pfund Sterling — aber mit dem überhaupt unerhöhten Zwischenpreis von 215 Pfund Sterling im Mai —, Blei von 17 1/2 Pfund Sterling pro Tonne auf 20 1/2 Pfund Sterling —, Hausbrandkohle von 16 1/2 Schilling auf 19 1/2 Schilling, Newcastle Dampferkohle von 9 1/2 Schilling auf 12 1/2 Schilling, Waliser Schiffschiffe von 12 1/2 auf 16 1/2 Schilling. Von den „anderen Materialen“ die neben den weiteren Gruppen Textilien, pflanzliche und tierische Rohstoffe aufgeführt werden) gewannen besonders Gänse, Leder, Zalg, Palmöl, Salpeter und Holz im Preisstand, während der Petroleumspreis sich gegen das Vorjahr etwas abschwächte. Von den Textilrohstoffen haben sich im letzten Jahre besonders Seide und Jute rasch verteuert, Flach, Hanf und Wolle in langsameren Schritten, während die Baumwolle am Jahresabschluss 1906 infolge der reichen Ernte billiger zu haben war (5,60 Pence) wie am Jahresabschluss 1905 (6,24 Pence).

Auch das Schlussergebn Sauerbeds über die Wirtschaftsentwicklung Englands und aller herborragender Kulturstaaten im Jahre 1906 verdient Erwähnung, obwohl es dem Leser nur die bereits bekannten Züge bekräftigt. Das Jahr 1906 schloß nach Sauerbed den Aufstieg des Jahres 1905 fort, nur noch lebendiger und allumfassender. „Wohin wir blicken, ob nach europäischen Ländern — selbst das tieferschütterte Rußland nicht ganz ausgenommen —, ob nach Amerika im Norden wie im Süden, ob nach Indien und dem fernen Osten, oder nach Australien, so stoßen wir auf die Kennzeichen eines rapiden Vorwärtsschreitens und einer zum Teil enormen Prosperität. In England wird man, obwohl manche Produktionszweige schwer mit der Rohstoffverteuerung zu kämpfen hatten, kaum irgend welche bedeutendere Induztrie mit unbefriedigendem Ergebnis erubeden; die Baumwollgewerbe schliessen glänzend ab, die Schiffswerften lieferten eine größere Tonnage wie je zuvor, die Eisen- und Maschinenbaubranchen, die Holzindustrien können allesamt zufrieden sein. Der Außenhandel (Englands) überholte abermals die drei vorangegangenen Rekordjahre um weitere 98 Millionen Pfund Sterling, zum Teil allerdings infolge höherer Preise für die Mengeneinheit, und erreichte eine Gesamtziffer (Ein- und Ausfuhr zusammen gerechnet) von 1088 Millionen Pfund Sterling, ausfall 4 1/2 der 124 Millionen Pfund Sterling in Edelmetallen und Münze. In Deutschland weitete sich die industrielle Tätigkeit stark aus. In den Vereinigten Staaten trat keinerlei Abschwächung des statenlosen Geschäftsgedehens und des allgemeinen Aufschwunges ein. Die Kornereiten waren, mit Ausnahme Rußlands, in den meisten Ländern gut, in den Vereinigten Staaten sogar größer denn je. Die amerikanische Baumwollenernte ist sehr beträchtlich, die Wärrzeugung steigert sich allmählich. Die Eisenerzeugung ist größer wie jemals; in den Vereinigten Staaten überschreitet sie 24 Millionen Tonnen, in Deutschland 12. In England 9 Millionen Tonnen.“ Auch Sauerbed sieht den Höhepunkt des Aufstieges und den Beginn des Wiederabwärtsziehens noch immer fern.

umber. Einer der Herren Ingenieure folgte sich beleidigt und die Fabrikleitung stellte den Arbeitern folgende Bedingungen: sie sollten den Beleidigten demütigt um Verzeihung bitten, es sollten 50 Arbeiter entlassen werden, es sollte fortan die Fabrikleitung nach Willkür Arbeiter ohne Mündigung entlassen dürfen, schließlich sollten die Arbeiter sich verpflichten, regelmäßig zu arbeiten und unter keinen Umständen den Betrieb zu stören. Die Arbeiter wiesen dieses Ansinnen zurück, weil die Bedingung der kündigungswilligen Entlassung unannehmbar ist. Das würde eben bedeuten, daß die Arbeiter sich jeder Willkür fügen, daß sie sich verpflichten, jede Lohnreduktion, jede Verschlechterung der Arbeitsbedingungen wortwörtlich hinzunehmen. Die letzte Bedingung aber bedeutet, daß die Arbeiter sich verpflichten sollten, auf Demonstrationen, auf politische Streiks zu verzichten, um den Betrieb nicht zu stören.

Daraufhin erfolgte die Aussperrung bei Poznański, und eine Anzahl anderer Fabriken: Scheibler, Feinzel, Kunifer, Wiedemann, Steinert usw., kündigten ihren Arbeitern in der Weise, daß sie die Sperrung der Fabriken androhten, wenn die Arbeiter von Poznański nicht die Arbeit aufnahmen.

Diese laten das zwar nicht, es ist aber auch nicht ein Fall von Zerstörung der Maschinen usw. in Lodz, wie überhaupt in Polen in dieser Zeit vorgekommen.

Das klingt ganz anders, als das heuchlerische Gejammer der Fabrikantenblätter.

Zum Unglücken der Aussperrung trägt nicht wenig der Bruderkrieg bei, der schon einige Monate zwischen den Lodzer Arbeitern von der „Partija Narodowa“ und den sozialdemokratischen Arbeitern wüthet. Mit diesem Zwist rechnen die Fabrikanten, als sie mit den Aussperrungen anfangen und sie haben sich tatsächlich in ihren Kombinationen nicht getäuscht, da dieser Zwist die Arbeiter daran hindert, mit einem allgemeinen Protest auf die Uebergriffe der Fabrikanten zu antworten. Ein solcher allgemeiner Protest aber, der unmittelbar auf die ersten Aussperrungen erfolgt wäre, hätte die Lodzer Fabrikanten in eine sehr schwierige Lage versetzt und sie ganz zweifellos gezwungen, ihre Forderungen zu mäßigen und Zugeständnisse zu machen, da in Lodz, wo die Fabrikanten schon so über Verschärfung klagen, überhaupt keine Vorräte an Waren vorhanden sind, viele von den Fabrikanten aber — sogar solche, die jetzt die Aussperrung über ihre Arbeiter verhängt haben — laut Kontrakt in der kürzesten Zeit große Transporte von Wein, Tuch usw. an verschiedene Firmen und sogar fiskalisch-kleinere zu liefern haben. Jetzt aber hat derjenige Teil der Fabrikanten, in deren Betrieben die Arbeit keine Unterbrechung erlitten hat, sich verpflichtet, denen, die ausgesperrt haben, die nötigen Waren zu liefern.

Der Korrespondent des „Lodzisch“ hat viele Personen über den Grund der Aussperrungen befragt. Ein Buchhalter, der in einer bedeutenden Fabrik angestellt ist, hat ihm erwidert, die Aussperrungen seien keineswegs eine zwingende Notwendigkeit gewesen, sondern aus der ganzen Geschichte seien ein paar Fabrikherren aus den „Halzen Deutschen“ und „germanisierten Juden“ schuld, die den Arbeitern nicht verzeihen könnten, daß sie in der letzten Zeit einige Zugeständnisse erlangen haben und für ihre menschliche Würde einzutreten wissen. Die Aussperrungen seien einzig und allein durch den Wunsch der Fabrikanten hervorgerufen worden, die Arbeiter zur Gefügigkeit zu zwingen.

Es ist selbstverständlich, daß sich in der ganzen Stadt und ihrer Umgebung die Folgen der Aussperrungen in der schwersten Weise fühlbar machen. Auf Teit und Schritt fühlt man die schwere Hand des Pöbels, Fabrikanten, deren Grausamkeit selbst so weit geht, daß sie den Arbeitern nicht gestatten, die in einigen Fabriken eingerichteten Ambulatorien und Apotheken für Arbeiter zu benutzen, wobei die Administration der Poznański'schen Fabrik mit gutem Beispiel vorgegangen ist.

Die Not, die in den Arbeiterkreisen herrscht, läßt sich nicht beschreiben. Trotz der grimmigen Kälte haben zahlreiche Arbeiter ihre ganze Winterkleidung verkaufen müssen, um ihren hungernden Familien für ein paar Tage Nahrung zu verschaffen, und nun laufen sie in bloßen Höschen, vor Kälte zitternd, durch die Straßen und suchen vergeblich ein Pfund Brot zu bekommen. . . . Mühe gibt es nicht, und das, was die sozialistischen Parteien geben können, ist diesem Elend gegenüber natürlich völlig unzureichend.

Die Sympathien der bürgerlichen Administration sind gänzlich auf Seiten der Fabrikanten, denen sie militärischen Schutz und volle Versammlungsfreiheit gewährt. Um so mehr aber verfolgt sie die Arbeiter, denen sie nicht nur sich zu versammeln, sondern selbst eine Kasse für die hungernden Kollegen zu eröffnen verbietet. Zu den letzten Tagen hat man begonnen, massenweise Arbeiter aus der Stadt auszuweisen. Es heißt, daß diese Arbeiter auf die Angaben der Fabrikanten, die in ihnen die Mädelkinder erblicken, ausgewiesen werden.

In dem Kampfe, der sich jetzt in Lodz zwischen den Fabrikanten und den Arbeitern abspielt, ist folgende Tatsache zu verzeichnen: die deutschen Fabrikanten verfolgen die deutschen Arbeiter mehr, als die der anderen Nationalitäten, weil sie gerade in ihnen die Anführer der Arbeiterbewegung vermuten.

Die Stimmung in der Stadt ist eine unruhige, Hunderttausende von Menschen hungern und sind bis zum Neuesten gebracht, und wenn diesem Zustande nicht alsbald ein Ende gemacht wird, kann man sich auf schwere Ereignisse gefaßt machen.

Die Situation ist nun folgende: in den großen Betrieben, die an der Verschwörung beteiligt sind, arbeiten über 20 000 Menschen; gefaßt sind die kleinen Betriebe schätzungsweise, indem man ihnen das Garn sperrt, so werden weitere 10 000 bis 15 000 Arbeiter brotlos. Wenn die Arbeiter trotzdem den Kampf aufnehmen, so erklärt sich das daraus, daß für sie eben alles auf dem Spiele steht. Durch die bisherigen Lohnkämpfe haben die Arbeiter Lohn-erhöhungen von 25 bis 33 Proz. erzielt; ihre Lage ist daher wohl etwas gebessert, doch kommt in Betracht, daß auch die Lebensmittelpreise durchweg gestiegen sind. Es gilt also vor allem, das Erreichte zu verteidigen. Es gilt aber auch — und das haben die Arbeiter sofort mit richtigem Instinkte erfasst — die sozialen Erregenschaften der Revolution zu verteidigen. Die Lodzer Arbeiter haben erreicht, daß die Unternehmer sie nicht mehr wie willenlose Sklaven behandeln dürfen, daß sie mit ihnen wie Macht zu Macht verhandeln; sehen die Unternehmer jetzt ihren Willen durch, brechen sie den Widerstand der Arbeiter, dann kehren die alten Zustände zurück, dann werden die Lodzer Fabriken von neuem den Arbeitern zur untrüglichen Hölle, dann wird wieder die alte Sklaverei eingeführt. Und dagegen eben wehren sich die Arbeiter, deshalb nahmen sie todesmutig den Verzweiflungskampf auf.

Zum Glück gelang es den Fabrikanten nicht, volle Einigkeit zu erzielen. Es gibt „Augenfeiter“ unter ihnen. Eine Anzahl großer Betriebe — Geber, Rosenblatt, Silberstein usw. — zogen es vor, aus dem Spiel zu bleiben. Diesen stehen nun zahlreiche Aufträge zu; sie haben gesicherten Absatz für ihre Ware und außerdem wird dem Garnmangel der kleinen Betriebe wenigstens zum Teil vorgebeugt. In den letzten Tagen haben die genannten nicht aussperrenden Betriebe neue Arbeiter eingestellt und arbeiten Tag und Nacht. Dadurch werden ein paar Tausend der ausgesperrten Arbeiter beschäftigt. Die Organisationen haben dabei die Sache herab eingestuft, daß die Arbeiter in diesen Betrieben abzuwechseln, indem jeder nur drei Tage in der Woche arbeitet.

Die Lage ist also kurzgefaßt die: die Arbeiter haben Aussicht, den Angriff abzuwehren. Es kommt darauf an, einige Tausend Mann einige Zeit zu unterstützen. Mühe ist dringender nötig. Wenn die Arbeiter Europas die internationale Solidarität betätigen, dann ist der Sieg in Lodz sicher.

Die Einheitlichkeit der Arbeiterversicherung.

II.

Aus dem Besagten geht hervor, daß sich die drei Versicherungsgesetze auf das allgeründlichste von einander unterscheiden. Einmal haben die versicherten Arbeiter 2/3 der Beiträge zu zahlen, einmal die Hälfte und bei der Unfallversicherung keine. Nun ist ja kein Arbeiter so töricht, anzunehmen, daß die Unternehmer im letzten Falle die gesamten Beiträge und auch die Teilbeiträge bei der Kranken- und Invalidenversicherung aus ihrer Tasche bezahlen. Der Unternehmer rechnet, wie jeder Kaufmann, mit einer Mindestverzinsung seines angelegten Kapitals und allemal ist es der Arbeiter, der die für ihn gezahlten Beiträge dem Kapitalisten zuerst erarbeiten muß. In Wirklichkeit kostet die ganze Versicherung den Unternehmern nicht einen Pfennig, denn sie haben es ja in der Hand, ihre entsetzlichen Unkosten auf den Verkaufspreis ihrer Produkte zu schlagen, und bei der überaus niedrigen Leistung des Unfallversicherungsgesetzes machen die zu Berufsgenossenschaften vereinigten Unternehmer infoweit noch ein Bombengeschaft, als sie für Schäden, die durch ihre Maschinen und durch gesundheitschädliche Materialien und Betriebsanrichtungen den Arbeitern zugefügt werden, bei weitem nicht so viel zu zahlen haben, als dies beim Nichtvorhandensein des sogenannten Unfallgesetzes auf Grund der entsprechenden Bestimmungen des bürgerlichen Gesetzbuches zu geschähe hätte. Aber auch die Vollrente, also das Neueste, was die Unfallversicherung bei absehbarer Erwerbsunfähigkeit eines ohne sein Verschulden in einem versicherungspflichtigen Betriebe Verletzten bietet, beträgt immer nur zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes im Sinne des Unfallversicherungsgesetzes. Diese letztere Bestimmung besagt, daß auch sehr häufig die zu zahlenden zwei Drittel nicht auf Grund des wirklichen Jahresverdienstes, sondern in der Weise niedriger berechnet werden, als bei einem 1500 Mark übersteigenden Arbeitsverdienste, der überschüssige Teil nur zu einem Drittel in Anrechnung gebracht wird. So kommt es, daß ein bis zur dauernden vollständigen Erwerbsunfähigkeit Verunglückter, der beispielsweise 33 Mk. Wochenlohn, also ein Jahresverdienst von 1716 Mk. gehabt hat, nicht 2/3 dieser Summe als Vollrente erhält, sondern daß ihm nur ein Drittel von den mehr als 1500 Mk. verdienten 216 Mk. = 72 zu den 1500 Mk. gezahlt werden und dann 2/3 dieser Summe von 1716 Mk., also anstatt des wirklich erzielten Jahresverdienstes von 1572 Mk. nur 1048 Mk. als alleräußerste Rente in Anrechnung kommen. — Die verschiedenartigen Variationen der Versicherungsgesetze sind dem Versicherten auch nachteilig, wenn er in die Lage kommt, sein Recht in irgend einer Sache suchen zu müssen. Glaubt er von der Krankenkasse benachteiligt zu sein, so bringt er die Beschwerde über den Kassenvorstand bei einem für das Krankentassenwesen zuständigen Magistratskommissar (das ist für Berlin der Magistratsrat der Aufsichtsbehörde, der Gewerbeinspektion des Magistrats) an. Die für den Beschwerdeführer ungünstige Entscheidung erhält Rechtskraft, wenn derselbe es nicht vorzieht, innerhalb einer bestimmten Frist den ordentlichen Klageweg zu beschreiten, und diesen Weg, der ihm von vornherein erhebliche Kosten aufzuerlegen, muß er einschlagen, wenn er sich die angezeigten naturlichen Leistungen der Kasse bis zur endgültigen Entscheidung seiner Sache sichern will, weil es häufig genug vorkommt, daß die Kasse anfänglich ihre Zuständigkeit angeweifelt und sich erst in dem ordentlichen Verfahren von der zu Recht bestehenden Forderung des Mitgliedes überzeugen läßt. Wieder andere Schwierigkeiten erwachsen den Krankenversicherungsmitgliedern durch die großen Nachlässigkeiten der Unternehmer in bezug auf eine rechtzeitige Anmeldung zur Kasse. Der Arbeiter hat dann oft monatelange Beiträge gezahlt und erfährt erst im Augenblick der Erkrankung, daß er gar keine Krankenkasse angehört. Nun passiert es ihm, daß sogar mehrere Klassen, die er für die zuständigen hält, dies nicht anerkennen wollen. Jetzt ist er direkt gezwungen, den Klageweg zu beschreiten, der ihn dann womöglich bis zum Obergerichtsverfahren führt. Was das für Mühe und Umstände macht, gerade denjenigen, die im Krankentassenwesen nicht Beschäftigte sind, empfinden wohl die Mitglieder am besten, die es einmal durchmachen mußten. Die unheilvolle Zersplitterung ist aber nicht nur dem Versicherten nachteilig bei seinen Ansprüchen gegen die eine oder andere Klasse, sondern mehr noch bei den verschiedenen Versicherungen. Die Unfallversicherung wird manden mit seinen Ansprüchen für Beletzungen abweisen, weil sie herausgefunden zu haben glaubt, daß der erlittene Unfall nicht in einem versicherungspflichtigen Betriebe erfolgte, während die angerechnete Krankenkasse sich mit Entscheidung auf den gegenteiligen Standpunkt stellt und dem Verletzten den sogenannten Unfallzuschuß von der fünften Woche an ausbezahlen bereit ist. So schwebt der Versicherte immer zwischen Bangen und Hoffen und hat er schließlich bei der Unfallversicherung unrecht bekommen, oder ist er von der Krankenkasse ausgeschlossen und kann er nicht mehr erwerben, dann findet die Invalidenversicherung, falls ihm nicht nach 26 wöchiger Erwerbslosigkeit die sogenannte Krankrente zusteht, daß er eigentlich noch mehr als ein Drittel früher verdienen könnte, er wird abgewiesen und die Sorge um die Existenz gewinnt von neuem die Oberhand über den Unglücklichen. Bei einer Einheitlichkeit des Versicherungswesens wäre eine derartige Uebereinstimmung von einem zum anderen kaum denkbar, die Versicherten würden von einer Zusammenlegung nicht nur materielle, sondern auch juristische Vorteile haben. Durch eine solche würden die Hunderttausende von Umfängerhängen in den Büchern fortfallen und auch ein einheitliches Mitgliedsbuch für alle Versicherten genügen. In einem solchen Mitgliedsbuche könnten dann alle vorkommenden Fälle registriert werden und welchen Nutzen das hätte, kann an einem Beispiel, welches sich häufig im Leben ereignet, zur Evidenz bewiesen werden. Wenn heute beispielsweise ein Maurer vom Gerüst fällt, und aufstehend keine bedeutende Beschädigung erleidet, so daß er nach einigen Wochen wieder arbeitsfähig ist, so wird jeder anzunehmen geneigt sein, daß er dann im Sinne des Krankenversicherungsgesetzes wieder voll arbeitsfähig und gesund ist. Nach einigen Jahren stößt ihm ein viel kleinerer Unfall zu, oder er wird sogar von selbst krank, so daß er arbeitsunfähig wird. Obgleich der zweite Unfall infolge des ersten so stark auftritt, oder die eingetretene Erwerbsunfähigkeit in ursächlichem Zusammenhang mit dem erlittenen ersten Unfall steht und ihm dennoch eine Entscheidung in der Form einer Rente zustände, wird ihm dieser Nachweis doch nicht leicht oder gar nicht gelingen, wenn er inzwischen in verschiedenen Krankentassen Mitglied war, oder falls er infolge des Falles gar gemüthlich oder geisteskrank geworden ist, werden die Angehörigen nur sehr schwer dazu kommen, den Beweis zu erbringen, daß der jetzige Zustand durch die erste Beletzung entstanden ist, und es wird ungeheuer schwierig sein, namentlich aber dann, wenn er nunmehr überhaupt keiner Klasse angehört, die mitleidig vorhandenen Ansprüche geltend zu machen. Nirgends sind Protokollierungen vorhanden, nirgends Eintragungen in ein Mitgliedsbuch, der Arzt erinnert sich des Vorfalls nicht mehr oder er ist inzwischen gestorben, der Kranke kann, da er von keiner Seite Unterstützung erhält, 15 oder gar 20 Mk. für Untersuchungen und Arznei nicht aufbringen, und die Zersplitterung des Versicherungswesens ist ihm zum Verhängnis geworden. —

Nun kommt es auch vor, daß die in gewissen Gewerben beschäftigten Versicherten Schaden an ihrer Gesundheit erleiden, ohne daß ein wirklicher Unfall eintritt, wo sie sonstigen weder krank noch gesund sind. Durch die Art der Beschäftigung werden sie einfach bis zur Arbeitsunfähigkeit herabgedrückt. Da

eine solche Erkrankung nicht so ohne weiteres zu erkennen ist, so wird der damit behaftete Arbeiter eine böse Zeit durchzumachen haben, in der man ihn stets und ständig für einen Simulanten ansehen wird. Eine noch bösserartige Gefahr, der gegenüber die Beschädigung sich viel zu lange passiv gehalten hat, entsetzt aus der Verarbeitung gewisser chemischer Stoffe. So haben namentlich u. a. die in Zündhölzfabriken beschäftigten Versicherten unter einer geradezu furchterlichen Krankheit zu leiden und nicht viel besser steht es mit den in Bleichfabriken tätigen Arbeitern. Die Beschädigung verbietet die Verarbeitung des so stark vergiftenden unter den Proletariaten erzeugenden Phosphors erst vom Jahre 1910 an. Die Phosphornerose wird bis dahin noch ungehemmt ihre Opfer fordern dürfen und zwar lediglich deshalb, weil ein sofortiges Verbot die Industrie schädigen könnte. Nach unserem Dafürhalten hat eine Industrie und mag sie für die Herren Kapitalisten noch so profitabel sein, keine Berechtigung, wenn sie die in ihr beschäftigten Arbeiter zeitweilig schändet oder ruiniert. Man sehe sich nur diese bedauernswerten Geschöpfe an! Der Phosphor setzt sich an sämtliche erreichbaren Schleimhäute an und gerötet diese dann allmählich. Mit der Zeit frißt er den Kernstein der Nase, die Lippen, das Zahnfleisch ab, vollständig ab und der Anblick ist wie bei Krebskranken zum Gott erbarmen. — Die Weiskrankheit ergreift dagegen mehr die inneren Organe. Die Wirkungen derselben sind aber nicht minder schrecklich und meist verfallen die mit der Krankheit Befallenen, die äußerlich durch eine saßle Blässe mit einem bläulichen Unterton der Gesichtshaut aufzufallen, einem unrettbaren Siechtum. Diese verderblichen, Leben und Gesundheit der Arbeiter bedrohenden Industrieerzeugnisse sollten nur unter den größtmöglichen Schutzmaßnahmen betrieben werden dürfen. Aber ein Arbeiterleben gilt bei uns nicht viel, und so müssen wir auch einen großen Teil der Arbeiter der Gleichgültigkeit zeihen, weil sie es unterlassen, auf gewerkschaftlichem und politischem Gebiet energisch Protest zu erheben gegen die Leiden ihrer Mitmenschen. Die geschädigten Schädigungen, die auch die stärksten Naturen im Verlaufe von höchstens 7 bis 8 Jahren zu Grunde richten und die doch direkt infolge des Arbeitens in gesundheitsgefährlichen Betrieben den Versicherten zugefügt worden sind, gelten nun aber keineswegs als Unfälle im Sinne des Gesetzes. Ein größeres Unrecht läßt sich kaum denken, als die Zerstörung eines kräftigen gesunden Menschen bis zur Ruine für eine Gewerbetätigkeit anzusehen. Jeder ist das der Unvollkommenheit der Versicherungsgesetzgebung wegen möglich und so haben die Varias der Industrie nur Anspruch auf 13 bzw. 20 Wochen Krankengeld und sind sie dann noch nicht an ihr letztes Lebensstadium angekommen, nun, dann treten sie, nach einer Reihe von Bladerien, in den „Genuß“ der Invalidenrente. Die Renten aus dieser Versicherung sind ja glücklicherweise seit dem 1. Januar 1900 bedeutend höher als früher, und wenn man bedenkt, daß die oben Beschriebenen, die ihr Leben für den profitgierigen Unternehmer geopfert haben, nunmehr pro Tag mindestens 31/2 Pfennig zu vernaschen haben, dann wird man sich mit der bestehenden göttlichen Weltordnung schon ausöhnen können. Doch hätte! Wir tun der Landesversicherungen bitter Unrecht, wenn wir annehmen, daß sie auch in den geschädigten, geradezu zum Himmel schreienden Fällen etwa leichtfertigweise eine Rente bewilligen würden. Nein, eine solche Gegenwartsmusik ist noch sehr verfrüht. Ein solcher Arbeiter oder Arbeiterin sieht ja gerade nicht sehr vorteilhaft aus und derjenige, der von den traurigen Veranlassungen ihres Zustandes keine Ahnung hat, wird eher glauben, sie seien noch wochenlangem unterirdischem Aufenthalt dem Grabe entzogen. Die Landesversicherung prüft also zunächst die Frage, ob der noch übrig gebliebene Teil eines ehemaligen Menschen nicht dennoch in der Lage sein könnte, ein Drittel seines früheren Jahresarbeitsverdienstes auf die eine oder andere Art zu erschwigen. Das ist durchaus kein hoher Betrag, denn in den erwerbähnten Worten betriebe ist der Lohn nicht so hoch, er wähnt die Landesversicherungsanstalt nun die Ueberzeugung, daß der Lippen- oder nasenlose oder der innerlich gerümpelte Arbeiter den an ihn gestellten Anforderungen möglicherweise noch genügen kann, so ist er mit seinen Ansprüchen auch abzuweifen, und zwar von Rechts wegen. Zu verzagen ist aber gar kein Grund vorhanden, denn ein süßer Trost ist ihm noch immer geblieben, er darf zum Beileid greifen und wird nun erleben, daß die ebenso süßen Frauen, die denen er nun einen „warmeren Schlaf“ flücht, ihm seines schreckenerregenden Aussehens wegen die Tür viel schneller vor der Nase, die er eigentlich gar nicht mehr hat, aufschlagen, als sie geöffnet wurde. Gelingt es ihm aber, sich Kredit zu einem Vorkauf zu verschaffen, ein, dann ist er besorgt und aufgehoben, denn die herrlichen Melodien: „So leben wir, so leben wir alle Tage“ und: „Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt“, die er nun ununterbrochen orgeln darf, harmonieren sicher mit seinen innersten Empfindungen! — Aber auch die Frage der Heimarbeit mit all ihren tragischen Begleiterscheinungen würde mit einem Schlage der Lösung näher gebracht werden, wenn eine Zusammenfassung des Versicherungswesens erfolgte. Es ist ja leider eine Tatsache, daß die jetzigen Krankentassen, die viel mit Heimarbeitern zu rechnen haben, finanziell nicht gut fundiert sind und mit der Aufbringung des geschätzten Reservesfonds ihre Last haben. Wären nun alle Klassen vereinigt, dann würde ein völliger Ausgleich durch die die Finanzen stark und anderen sie weniger belastenden Mitglieder entstehen. Ein Beispiel haben wir in den Erhebungen der Krankentasse der Schneider aus dem Jahre 1904 über eine solche Verschiedenartigkeit. Es stellte sich heraus, daß von den 5 Beitragsklassen dieser Klasse die beiden obersten einen jährlichen Ueberschuß von 1,60 Mk. bezogen, 1,20 Mk. pro Mitglied hatten, die dritte Klasse aber schon ein Defizit von 3 Mk. pro Kopf und Jahr, die vierte ein solches von 3,50 Mk. und die fünfte gar von 6,55 Mk. erbrachte. Wer nun weiß, daß je niedriger die Beitragsklasse ist, sie um so mehr von Heimarbeitern in Anspruch genommen wird und ferner, daß man es bei der hier erwähnten fünften Klasse mit einer Einnahme von 6 Mk., aber mit einer Ausgabe von 11,55 Mk. pro Kopf und Jahr zu tun hat, daß also die Einnahmen um fast 100 Proz. von den Ausgaben überschritten wurden, der kann sich ein ungefähres Bild von der Belastung einer einzelnen Klasse durch die Armen der Armen machen. Durch eine allgemeine Zugehörigkeit von besser und schlechter gestellten Arbeiterkategorien zu ein und derselben Krankentasse würde ein geborderter Heimarbeiterschutz möglich werden. Jetzt ist umgekehrt der Mangel einer reichsweiten Versicherung der Heimarbeiter, ein Hindernis für die Zentralfaktion des gesamten Versicherungswesens. Geschicht in der Sache nichts Durchgreifendes, so werden sich die elenden Verhältnisse der Heimarbeiter noch weiter ausdehnen. Der Unternehmer, der mit Heimarbeitern sein Geschäft machen kann, ist einer Reihe von unliebsamen Vorantmissen überhoben. Der Fabrikant muß Sorge tragen, daß sich sein in den Gebäuden angelegtes Kapital vergint; das braucht der Konfessionär nicht. Wenn die Saison zu Ende ist, kann er das herausgeschlagene Geld reiflos in die Tasche stecken; er braucht keine Rente, keine Verleugung, kein Gehalt und keine Beiträge für irgend eine Einrichtung zu zahlen, da die die goldenen Eier legenden Hühner ja alle entlassen sind und überdies kann er sich eine Reihe von Monaten damit ergötzen, noch profitablere „Geschäfte“ auszuüben. Durch die Nichtbeschäftigung resp. Entlassung der in der Heimindustrie Tätigen entsteht auch die riesenhafte Fluktuation in einzelnen Krankentassen. So haben wir die behauerliche Klasse mit 80 000 Mitgliedern jährlich 88 000 Neuzugänge und natürlich ebenso viele Abgänge zu verzeichnen. Wenn die gute Gesundheit der Heimarbeiter vorbesteht, dann erwachsen den Klassen große finanzielle Lasten, da viele Mitglieder, die sich während der Saison überarbeitet haben, nun ihre Mitgliedschaft bei der Klasse mit einer längeren Er-rans

abzuschließen gezwungen sind. Die Zersplitterung auf sozial-
gesetzlichem Gebiet stellt an die Arbeitskraft einzelner Berufsarten
ganz unangemessene Ansprüche. Die ausstrebende Arbeiterklasse
wird stets bemüht sein, die leitenden Stellen, die ihr auf Grund
der Sozialgesetzgebung zustehen, mit ihren zuverlässigsten Leuten
zu besetzen. Man wird aber dieses Bestreben zur Unmöglichkeit in
allen Fällen, wo die betreffenden ihre Arbeit oder die berufliche
Tätigkeit zu wechseln genötigt werden. Damit verlieren sie meist
die Zuständigkeit und müssen infolgedessen ihre kaum begonnene
Tätigkeit als Delegierter, Vorstandsmitglied usw. einstellen. Das
ist nun hier ebenfalls förderlich, wie es auf gewerkschaftlichem
Gebiete der Fall sein würde. Die Zukunft wird uns die Notwendigkeit
zentralisierter Gewerkschaften die einzelnen Berufe schon fast
vollständig in der großen Organisation aufgehen sind und eine
Verschmelzung der Verbände, die schon jetzt durch die Generalkommission
miteinander in Verbindung stehen, nur eine Frage
der Zeit sein kann, auch alle Institutionen der sozialen
Verfassung zu einer Gesamtheit vereinigen
werden müssen. Wie eine einheitliche Gewerkschaftsorganisa-
tion das äußerste Maß an Einfachheit, Billigkeit und Leistungsfähigkeit
ist, so wird auch das zentralisierte Versicherungswesen am
rationellsten arbeiten können, es wird die ganze versicherungspflichtige
und versicherungsberechtigte Bevölkerung eines Bezirks um-
fassen und da, wo es notwendig ist, bürde Verwaltungsstellen er-
richten. So ungefähr wird der Aufbau einer allumfassenden Ver-
sicherung aussehen, die Einzelheiten werden natürlich noch genau
erzogen werden müssen. Auch in den Kreisen der Politiker und
der Regierungen ist ein solcher Plan schon erwogen worden; wie
die Gestaltung einer von den Seiten kommenden Vorlage aussehen
wird, das weiß man freilich noch nicht. Aber auch ein solches
sicher sein, daß sich die moderne Arbeiterbewegung, die gewerkschaft-
liche und die politische, ihren Einfluß sichern wird. Daß deren
Einfluß jetzt ein besonders großer wäre, trifft nicht zu, wohl aber,
daß die von den modernen Arbeitern geleiteten Klassen tadellos in
Ordnung gehalten werden, trotz der gegenwärtigen Reden der
Mugdan und Genossen, die mit ihrem Geheiß
auch nur das Selbstverwaltungsrecht der Ar-
beiter zu schmälern versuchen. Ein Münchener Arzt ist
bekanntlich wegen Verleumdung bestraft worden, weil er wider
besseres Wissen die Behauptung aufgestellt hatte, die Arbeiter be-
nutzten ihr Recht, nicht um die Interessen der Massen zu fördern,
sondern um damit ihren parteipolitischen Bestrebungen zu dienen.
Natürlich ist den Unternehmern das Selbstver-
waltungsrecht der Arbeiter ein Dorn im Auge und
bei der zukünftigen Gestaltung des Versicherungswesens würden
sie das ja auch am liebsten ganz beseitigen. Die Arbeiter
müssen daher auf dem Posten sein, und wir alle haben
ein Interesse daran, die Wahrnehmung der wahren Rechte, die wir
haben, überall zu propagieren, damit der beschämende Zustand
endlich aufhören möge, daß da, wo etwa 100 Delegierte bei der
Generalsammlung einer Klasse zu wählen sind, nur etwa 80 bis
40 Mitglieder kommen und die Aufsichtsbühnen die übrigen er-
zählen muß. Es kann nicht als Entschuldigung gelten, wenn ein
Teil der Arbeiter durch gewerkschaftliche und sonstige Betätigung
überlastet ist, denn alle haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die
fortgeschrittenen Arbeiter das Recht nicht aus der Hand verlieren.
Denn in einem solchen Augenblick treten die wirtschaftlichen
Gegner mit ihrer Mißwirtschaft auf den Plan und wie dann
die Rechte der Mitglieder respektiert werden, haben wir ja an der
Berliner Ostseebahngesellschaft der Schneider gesehen. Man könnte ja
eigentlich Mitleid mit den traurigen Gesellen vom Reichsver-
band zur Verleumdung der Sozialdemokratie
haben; sie haben sich schon im März 1911, um dort Weisen nach
Zerger zu schneiden, und nun hat die Herrlichkeit
trotz allen Schwindsels ein jähes Ende genommen.
Die Arbeiterklasse hat vornehmste und erste Aufgaben zu erfüllen,
sie will sich selbst befreien aus dem Joch des Kapitalismus und sie
wird deshalb auch nicht das geringste ihrer Rechte preisgeben. Wenn
nicht alle Angelegenheiten, dann werden die wichtigsten in den
Jahren 1911—1912 eine Vorlage zu einer neuen Versicherungsart
— der Witwen- und Waisenversicherung — erhalten, denn die Ab-
machungen der Regierung mit der Zentrumspartei bei Gelegen-
heit des Abhandels wegen der Hungerlöhne lassen mit Bestimm-
theit darauf schließen, und zudem ist auch schon in die Öffentlich-
keit gedrungen, daß die Regierung dann der Einseitigkeit näher
treten wird, d. h. nicht der Notwendigkeit oder der Be-
quemlichkeit der Arbeiter wegen, sondern um die vielen
intelligenten Verwaltungsmitglieder und Be-
amten, die aus der modernen Arbeiterbewegung hervorgegangen
sind, durch Militärtribunale zu ersetzen. Das würde auch ziemlich
gut gehen, wenn man je drei oder vier ausgediente Unteroffi-
ziers an die Stelle eines der ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse
kennenden Arbeiters setzte! Wenn dadurch sich die Verwaltungs-
kosten auch verdoppeln oder gar verdreifachen, darauf darf man
aus Liebe zum Vaterland nicht sehen. Aber gerade
diese Bestrebungen legen der Arbeiterklasse die Verpflichtung auf,
nicht nur ihr Augenmerk auf die Erzielung günstigerer Lohn- und
Arbeitsbedingungen zu richten, sondern ebenso emsig zu beobachten,
was auf dem Gebiete der Kranken-, Invaliden- und Unfallversiche-
rung geschieht. Es gilt auch hier im gewissen Sinne Soli-
darität zu üben und wenn es unseren Ehrgeiz befriedigt, die
Besten, Kräftigsten und Nützlichsten der Arbeiterklasse mitten im
Tageskampf zu sehen, dann ist es auch unsere heiligste Pflicht,
dabei zu denken, die im Kampf als Opfer fallen, denn besser
können wir unsere Kulturaufgaben nicht erfüllen, als dadurch, daß
wir denen beistehen, die für die Allgemeinheit gestritten haben.

Beitrag zu Disziplin und Taktik.

Man schreibt uns:

Daß von Seiten der Gewerkschaften für ihre Kämpfe eine
andere Taktik eingeschlagen werden muß, darin hat Schulze-Berlin
vollkommen recht. Ich habe bereits schon im Jahre 1894 in
D. dort im Land- und gewerblichen Hilfsarbeiterverband
in einem Vortrage meine Meinung hierüber kundgegeben. Einer
meiner damaligen Vorschläge ist jetzt, seit dem 1. Januar, im
Textilarbeiterverband verwirklicht, nämlich die Staffeldarbeit.
Wenn Schulze auftritt, daß man auch von dem Gegner lernen
kann, so füge ich dem hinzu, daß das koalierte Unternehmertum
uns noch dazu zu lernen wird, von ihm zu lernen.
Wer die Streiks und Ausperrungen verfolgt hat, hat schon die
Wahrnehmung machen können, daß von Seiten des koalierten Un-
ternehmertums Streiks provoziert wurden nur zu dem Zweck, kleinere
Unternehmer, die sich nicht ihrer Koalition angeschlossen haben,
zu vernichten, daß dabei die Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen
wurden, kümmert die Ausbeuter nicht. Daher müssen die Organi-
sationen der Arbeiter noch bedeutend mehr ausgebaut werden, ganz
besonders müssen die Mitglieder in bezug auf die wirtschaftlichen
Kämpfe belehrt werden.
Überdies kann die Gewerkschaftsbewegung als Vorstufe der
Sozialdemokratie noch nicht dienen, daran hindert uns die Vereins-
gesetzgebung.
Mit der Organisierung der Meisterschaft hat es noch keine
guten Wege, da der größte Teil derselben noch mit einem zu
großen Ueberhebungsduffel behaftet ist. Es gibt ja Meister, die
den Wert der Organisation begreifen haben, jedoch müssen sie ihre
Ueberzeugung geheim halten, um nicht von ihren Kollegen ver-
raten zu werden. Hier muß die Organisation zunächst für sie
eintreten, damit sie wissen, wo sie einen Rückhalt haben, und sie
werden dann von selbst kommen; so lange sie nicht von unserer
Seite aus geschützt werden, kann man es ihnen auch nicht verdenken,
wenn sie sich der Organisation fernhalten, denn ein jeder Meister
hat gerne seinen Posten. Ein Arbeiter findet immer noch leichter
Ziel, als wie ein Meister einen Meistersposten, und wäre er wo-

möglich gemahregelt, so hält es für ihn noch schwerer, denn der
Unternehmer kann keinen Meister brauchen, der mit den Arbeitern
Hand in Hand geht.
Wir leben in einer Zeit, wo sich das Kapital in immer weniger
Hände anammelt, die dadurch kampffähiger werden. Durch diese
Kapitalkonzentration werden die kleinen Fabriken entweder auf-
gekauft oder betrieblert.
Heute haben wir noch die Berufsorganisationen, die Schutz-
und Trübbündnisse, die schon ganze Bezirke umfassen, und da die
Arbeiterorganisationen sich ebenfalls zu einer größeren Macht
entwickeln, so werden die Industrieverbände mit den Arbeiter-
organisationen einen noch schwereren Stand haben, ja größtenteils
im Kampfe unterliegen. Die Folge wird dann sein, daß sich die
Industrieverbände zu einem Unternehmerversband zusammen-
schließen werden und die Verufe gänzlich ausschalten. Dieses
wird sich in nicht ganz ferner Zeit vollziehen. Und die Arbeiter-
schaft wird gezwungen werden, gleichfalls diesen Weg zu betreten.
Die technische Entwicklung hat bereits solche Fortschritte gemacht,
daß man von einem wirklichen Beruf nicht mehr sprechen kann.
Betrachte man die Textilbranche! Da seit ein paar gut
besoldete Beamte, mit den nötigen Vorkenntnissen ausge-
stattet, den Betrieb, was weiter noch beschäftigt ist, kommt nur
als Arbeiter in Betracht. Und vergegenwärtige man sich, was
in der Textilindustrie als Arbeiter alles beschäftigt ist! Da
existiert noch nicht ein einziger Beruf, dessen Angehörige nicht
zeitweilig ihr Brot in der Textilbranche verdienen.
Findet man doch den Mißstand, daß in den Wintermonaten
so verschiedene Berufsangehörige in der Textilbranche Arbeit
nehmen. Man nennt dieselben Sommervögel. Ihr Berufsduffel
hindert sie nicht, den Textilarbeitern in den schlechtesten Monaten
Konkurrenz zu machen, und sind auch gerade diese Wintermonate
die unglücklichste Zeit für Lohnkämpfe. Es wird auch höchste Zeit,
daß von Seiten der Arbeiter dieser Berufsduffel aus der Welt
geschafft wird und sie sich als Arbeiter organisieren, und zwar in
einem einzigen Arbeiterverband. Dann ist auch der Sammeln-
dingelbein, der heute noch in einzelnen Verufen bei Streiks
die Kunde macht, überflüssig geworden. Ich weiß ja sehr gut,
daß ich mit dieser Ansicht noch auf großen Widerstand stoße, und
zwar bei den besoldeten Beamten. Ich habe aber auch die Ueber-
zeugung, daß sich dieses verwirklichen wird, wenn auch etwas spät.
Schulze führt ja mit Recht an, daß je größer die Gewerkschaft
wird, sie auch Beamte haben muß, und diese Beamten, die wir
heute haben, werden auch notwendig sein bei einem einzigen
Arbeiterverband, ja sie werden sogar noch viel zu wenige sein.
Von den heutigen Gewerkschaften werden ja besonders die
Unterstützungskassen ausgebaut, was auch nur ihr Vorteil sein
kann. Ich selbst bin in den neunziger Jahren noch Gegner dieses
Unterstützungswesens gewesen, aber nicht, weil die Kampfidee
darunter leiden soll, sondern weil der Verband noch schwach an
Mitglieder war; der ganze Verband hatte etwa 88 000 Mitglieder.
In ein paar Jahren wird es notwendig werden, eine noch
höhere Beitragsklasse einzuführen, eine fünfte Klasse mit 60 oder
70 Pf. Beitrag, zu der der Zutritt ebenfalls freiwillig sein muß,
um die Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu erleichtern.
Auch wir Textilarbeiter müssen stets vorwärts schreiten, um
mit anderen Gewerkschaften auf gleicher Höhe stehen zu können,
und besonders wenn wir die Taktik befolgen sollen, die Schulze-
Berlin angeführt.
Gerade der Textilarbeiterverband steht noch lange nicht auf
der Höhe in bezug auf Beitragsleistung, wie die anderen Gewerk-
schaften. Man mag ja der Meinung sein, daß ja auch der Lohn
nicht der den anderen Gewerkschaften entsprechende ist. Gut, so
haben wir dafür zu sorgen, daß wir denselben Lohn verdienen
können, denn die Lebensmittel sind für uns ebenso teuer wie für
andere Gewerkschaftsangehörige. Ueberdies haben wir in Betracht
zu ziehen, daß für die Zukunft die Lohnkämpfe eine weit
schlimmere Form annehmen werden als wie der Crimtschauer
Streik. Und so sind wir zu einer Taktik gezwungen, die dahin
geht, daß wenn den Arbeitern von Seiten der Unternehmer ein
Streik aufgezwungen wird, derselbe bald abgebrochen wird, denn
das Unternehmertum benutzt nur einen Zeitpunkt dazu, wo ein
Streik ihm nicht so viel Schaden verursacht, aber unsere Verbands-
kasse desto stärker in Mitleidenschaft gezogen wird.
Die Unternehmer benutzen gewöhnlich die Zeit zu ihrer Pro-
pogation, wo entweder der Jahresabschluss stattfindet oder die Saison
wechselt; bei günstiger Konjunktur hüten sie sich, es zu einem
Streik kommen zu lassen.
Aber auch von Seiten der Arbeiterschaft ist mehr darauf zu
achten, ob ein Streik Aussicht hat. Bei einem Streik, der 25 Wochen
dauert, wiegt die Erzeugerschaft, insofern eine solche zu verzeichnen
ist, die Kosten keineswegs auf, die er der Verbandskasse verur-
sacht hat.
Wenn der Kölner Gewerkschaftsverband den Beschluß gefaßt hat,
daß jede Gewerkschaft aus eigener Kraft und eigenen Mitteln den
Kampf zu führen hat, so entspricht dieser Beschluß keineswegs
dem Solidaritätsgefühl, denn jeder Streik und jede Lohnbewegung
geht jeden Arbeiter an, direkt oder indirekt.
Ebensowohl als die modernen Gewerkschaften die Religion
ausgeschaltet haben, ebenso muß von Seiten der Arbeiter der Beruf
ausgeschaltet werden, und das koalierte Unternehmertum wird die
Arbeiterklasse dazu zwingen. Erst dann wird sich der Spruch
bewähren und bewahren: Einer für alle, alle für einen.
G. R. S. T.

Aus der Bewegung in der Textilindustrie. Deutsches Reich.

In der Zuteilnehmer- und Weberlei Gemelungen sind die Ver-
hältnisse für die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht die besten. Am
Mittwoch, 9. Januar, nachmittags 2 Uhr legten sämtliche Arbeiter
der Spinnerei die Arbeit nieder, worauf im Laufe des Nach-
mittags eine Unterredung mit dem Direktor und Spinnmeister
stattfand, die aber zu keinem Ergebnis führte. Es erklärten
sich dann die Arbeiter der Weberei mit ihren Arbeitskollegen soli-
darisch und legten am Donnerstag früh 8 1/2 Uhr gleichfalls die
Arbeit nieder, nach einer nochmaligen Unterhandlung des Arbeiter-
Auschusses mit dem Direktor, die wieder scheiterte, da der Di-
rektor nicht zugeben wollte, daß schlechtes Material vorhanden ist.
Nun wurden die anderen Arbeiter auch auf die Straße gesetzt.
Es fand dann eine Versammlung statt, doch konnte nichts
beschlossen werden, da der Gauleiter Döbler aus Hannover erst
telegraphisch herbei gerufen werden mußte. Er kam am Freitag
morgens und unterhandelte mit den beiden Direktoren. Am Nach-
mittag fand eine Versammlung statt, in der Kollege Döbler das
Ergebnis der Unterhandlung mit der Direktion mitteilte. Es
wurde dann eine Lohnkommission aus allen Abteilungen gewählt,
die im Weisheit des Gauleiters sofort unterhandeln sollte. Dies
geschah dann auch, und die Kommission erstattete wieder Bericht.
Der Gauleiter legte dar, daß in Anbetracht der schlechten Orga-
nisationsverhältnisse nichts unternommen werden könnte. Es
müßte erst dafür gesorgt werden, daß die Organisation in dem
Maße gestärkt wird, daß die traurigen Verhältnisse der Gemein-
licher Intereessen gehoben werden könnten. Es traten ca. 400
Personen dem Deutschen Textilarbeiterverband bei. Wir wollen
hoffen, daß die Intereessen der Gemelungen nun endlich zur
Erkenntnis gekommen, daß sie nur durch ihre Organisation etwas
erreichen und daß mit Versprechungen nichts getan ist. — Die
Kommission berichtete, daß nach zweifelhafte Unterhandlung nur
wenig zu erzielen war, da die Direktion genau wußte, daß in
ihren Betrieben von sämtlichen Arbeitern nur 180 organisiert
wären. Es wurde von der Direktion folgendes Versprechen ge-
geben: Abschaffung des schlechten Materials, ferner sollen sämtliche
Mitglieder sofort abgeprüft werden. Betreffs der Lohnbewegung
wurde versprochen, daß die Direktion mit dem Arbeiterauschuss

darüber verhandeln werde. Die Arbeit konnte sofort wieder auf-
genommen werden. —
Die Ausperrung der Posamentierer Berlins ist am Donnerstag
den 17. Januar, perfekt geworden. Bis Sonnabend Abend waren 121
Kollegen und 2 Kolleginnen gemeldet. Bis jetzt haben 10 Firmen
ausgesperrt, weitere Ausperrungen sind bis in 14 Tagen zu er-
warten, da in wenigen 8 resp. 14tägige Kündigung befristet. Wie
einige sich die Unternehmer sind, geht daraus hervor, daß z. B. in
den meisten Betrieben die Kolleginnen nicht ausgesperrt, und ihnen
in einigen Fällen auch die Kollegen, außerdem sind auch die Kollegen
zu verschiedenen Zeitpunkten entlassen worden. Einige Kleinrentner
haben der freien Vereinigung den Rücken gekehrt und sperren nicht
aus, wieder andere Meister sind über den wahren Grund der Aus-
perrung gar nicht informiert und vollständig überzogen worden.
Nach den Berichten, die uns von einer Versammlung der Arbeit-
geber mit ihren Beschützern zugehen, hatten letztere sich zum
Teil mit den ausgesperrten solidarisch erklärt, und zwar insofern,
daß sie keine Gehülfenarbeit machen, solange die Ausperrung
dauert. Da muß die Einigkeit doch wohl stark erschüttert sein. Es
sind im Laufe der Woche Unterhandlungen statt. Sollten dieselben
damit enden, daß den Gehülfen das zugefugt wird, was in der
Verbandszeitung der Unternehmer (grobe Zeitung) in der letzten
Nummer behauptet wurde, könnte es vielleicht zum Frieden kommen.
Wäre aber den Kollegen der Firma G. S. die ein solches Angebot in
Wirklichkeit gemacht worden, das heißt von den 16 wegen Auf-
regung eines Kollegen in den Streik getretenen 9 Kollegen statt,
und die übrigen alle bis zur Saison wieder einzustellen, so hätten
die Kollegen durchaus keinen Grund gehabt, im Zustand zu ver-
bleiben. Wir bitten bis auf weiteres, Bezug von Posamen-
tieren nach Berlin fernzuhalten.
Zum Textilarbeiterstreik in Lahr. Der Streik der Textil-
arbeiter der Firma Kiefer, Schaab u. Solber ist nach 10 wochen-
langen hartem Kampfe siegreich für die Arbeiter beendet worden.
Die betreffende Firma, welche kein Mittel verschmäht hatte, die Ar-
beiter und Arbeiterinnen zum Nachgeben zu zwingen, hat endlich
die Organisation anerkennen müssen. Dieser Firma aber darf die
Schuld an ihrem hartnäckigen Verhalten nicht allein in die Schuhe
geschoben werden. Wie wir erfahren, haben alle vier Fabrikanten
beschlossen, daß keiner mehr bezahle wie der andere. Die oben er-
wähnte Firma, bei der dann der Streik ausbrach, mußte sich be-
ziehen lassen, daß dabei nicht nur Arbeitgeber, sondern auch Arbeit-
nehmer mitredend haben. Wenn die Herren geglaubt haben, daß
Uneinigkeit in die Reihen der Arbeiter kommen würde, weil auch
der christliche Textilarbeiterverband an der Sache beteiligt war, so
haben sie sich also schwer getäuscht. Wo die Arbeiter einig sind,
müssen die Unternehmer schließlich nachgeben, gewiß ein Anlaß
für die Arbeiter, die Organisation immer noch mehr zu festigen.
Bei der Firma G. Boeckel jr. in M. Gladbach haben die Ar-
beiter und Arbeiterinnen der Spinnerei wegen Aufregung zweier
Ausschussmitglieder die Kündigung eingereicht. Die Firma be-
absichtigt, für die Spinnereiabteilung den 1. Februar einzu-
führen. Da eine vierwöchentliche Kündigungsfrist in Betracht
kommt, und für die Weberei genannten Betriebes nur eine
14 tägige, hat letztere beschlossen, nach Ablauf von 14 Tagen sich mit
den Spinnereiarbeitern solidarisch zu erklären. Hoffentlich werden
die Arbeiter der Weberei hier ihre Pflicht erfüllen, da, wenn die
Firma ihre Absicht erreicht, auch die Weber dadurch benachteiligt
würden.
Die Spitzenweber der Firma C. S. Lange in Falkenstein i. V.
befinden sich jetzt noch immer in Zustand. Der Unternehmer
hat zwar schon viele Versuche gemacht, Spitzenweber aus anderen
Orten zu bekommen, bis jetzt aber noch keinen Erfolg erzielt. Zwei
Spitzenweber, die telegraphisch aus Oesterreich hierher berufen
wurden, haben, sobald sie von der Sachlage unterrichtet waren, der
Firma den Rücken gekehrt und Falkenstein verlassen. Die Aus-
sichtigen hoffen auf die Solidarität der Arbeiterschaft aller Orte
und bitten Bezug nach Falkenstein streng zu vermeiden.
Ausland.
Holland. Der Streik der über 800 Textilarbeiter und
Arbeiterinnen in Rijssen dauert unverändert fort. Es be-
müht sich Vertreter der Arbeiter um eine Einigung und auch
christliche Herren suchen ihren Einfluß als Friedensstifter geltend
zu machen, aber der großmächtige Zuteilnehmer Lee Porjien
holte sich Rat bei dem Unternehmervorstandenden Van Heel in En-
schede und wies dann alle Verhandlungsvorschläge zurück. Im
ganzen Lande sammelt die Arbeiterschaft Gelder zur Unterstützung
der Zuteilnehmer.
Aus der
Arbeiterbewegung im allgemeinen.
Deutsches Reich.
Die Ausperrung der Holzarbeiter Berlins ist perfekt geworden.
wenn sie auch nicht den Umfang annahm, den man voraussetzen zu
können glaubte. Die Entstehungsgeschichte der Ausperrung ist kurz
folgende: Am 15. Januar lief der Tarifvertrag ab. Vertragsmäßig
mußte derselbe, wenn Änderungen gewünscht wurden, drei Monate
früher genehmigt werden. Diese Kündigung erfolgte rechtzeitig, und
zwar von beiden Seiten. Der Holzarbeiterverband stellte neue
Forderungen auf, darunter die der Herabsetzung der wöchentlichen
Arbeitszeit von 52 auf 50 Stunden, sowie die Forderung einer Er-
höhung der Abschlusszahlung auf gefällige Arbeit auf 27 M. Die
Arbeitgeber ihrerseits stellten als Vorbedingung für den Abschluß
eines neuen Vertrages verschiedene Forderungen vor, die nach
der Auffassung der Arbeiter eine Verschlechterung der bisherigen
Arbeitsbedingungen für die Arbeitnehmer bedeuten. Bereits im
Oktober begannen die Verhandlungen in der Schlichtungskommission,
die jedoch zu keinem Ergebnis führten. Die Arbeitgeber erklärten
die Forderungen des Holzarbeiterverbandes für unannehmbar, be-
schlossen aber zugleich, lieber ihre Betriebe gang zu schließen, d. h.
die Arbeiter auszusperrn, denn sie wollten unter keinen Um-
ständen ohne Vertrag weiter arbeiten lassen, da sie an-
nahmen, daß sonst die Forderungen in den einzelnen Betrieben durch
partielle Streiks durchgedrückt würden. Das Einigungsamt
des Berliner Gewerbegerichts unter dem Vorsitz des Magistratsrats
von Schulz ist bis zum letzten Moment bemüht gewesen, die Sache
ohne Kampf beizulegen und hat eine Art gleitende Lohnsala vor-
geschlagen, jedoch waren auch diese Bemühungen bisher ohne Erfolg.
Die Arbeitgeber fürhieten nun einerseits die Durchdringung der
Forderungen durch partielle Streiks, andererseits nahmen sie an,
daß die Arbeiter den für sie günstigsten Zeitpunkt, d. h. das Frühjahr
zu einem allgemeinen Ausstand benutzen würden. Dem wollten
sie durch eine allgemeine Ausperrung zuvorkommen, die sie in eine
für sie stille Zeit legten, d. h. den jetzigen Zeitpunkt. Nicht zur Ent-
lassung gelangen unorganisierte Arbeiter, ferner Mitglieder des
Hilfs-Dundeschen Gewerbevereins, des christlichen Holzarbeiterver-
bandes und des katholischen Verbandes. Die Mitgliedschaft zu
einem dieser Verbände, mit denen von Arbeitgebern ein Sepa-
ratvertrag geschlossen wird, ist durch Mitgliedsbuch nachzu-
weisen. Auch muß überzeugend dargelegt werden, daß die nicht zur
Entlassung gelangenden Arbeiter wirklich unorganisiert sind. Die
Ausperrung ist mit dem 14. Januar in Kraft getreten. Nach der
Schätzung der Arbeitgeber sollte es sich um etwa 16 000 Arbeiter in
2600 Betrieben Groß-Berlins handeln, doch hatte der Holzarbeiter-
verband bis Montag erst wenig über 6000 ausgesperrte gezählt.
Die textilen Hartgummiarbeiter Berlins haben nach einem
Streik bei sieben von 10 Firmen einen neuen Tarifvertrag zur An-
erkennung gebracht, der ihnen einige Verbesserungen liefert. Danach
beträgt die Arbeitszeit 52 Stunden pro Woche. Der Mindestlohn
für Arbeiter ohne Lehrgeld ist auf 88 Pf. für solche von 18 bis 22

Fahren, und auf 40 bzw. 45 und 50 Pf. für solche von über 20 Jahren je nach der Beschäftigungsdauer festgesetzt. Der Lohn für Arbeiter mit dreijähriger Lehrzeit beträgt im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 47 Pf. und vom zweiten Jahre ab 50 Pf. pro Stunde. Alle Arbeiter, die den angeführten Mindestlohn bereits verdient haben, erhalten 5 Pf. Zuschlag pro Stunde. Bei Abfordern werden die Mindestlöhne garantiert. Für Heberstunden gilt ein Zuschlag von 25 Proz. Werkzeuge werden geliefert; auch verpflichtet sich die Arbeitgeber, für genügende Schutzvorrichtungen, Ventilation, Wasserversorgungs- u. dgl. Sorge zu tragen. Der Vertrag gilt bis zum 1. Oktober 1908.

Gebe Gewerkschaften in Berlin. In den Siemens-Schuckert-Werken in Berlin wird der Versuch gemacht, Anhänger für eine gelbe Gewerkschaft zu gewinnen, wie es scheint, nicht ohne Erfolg.

Aus Ausperrung der Automobilfahrer in Berlin. Die Unternehmer ließen auf Hauptwegen das Streikkomitee um eine Unterbrechung ersuchen. Dann ließ man sich auf Unterhandlungen ein und machte schließlich das Angebot, 20 Proz. Provision statt der bisherigen 25 Prozent zu geben und alles übrige beim alten zu lassen; der Arbeitsnachweis solle paritätisch sein und wo „Missverständnisse“ über die neue Arbeitsordnung vorlägen, wolle man mit sich reden lassen. — Mit diesen Vorschlägen beschäftigte sich eine Vertrauensmänner-Versammlung eingehend, dann wurden sie den Ausgesperrten selbst unterbreitet. Diese zeigten durchaus keine Regung, sich angelehnt des jetzt offensichtlichen Missos der Unternehmer mit ihrer Ausperrung eine Mediation gefallen zu lassen. 220 Arbeiter arbeiten zu den alten Bedingungen; neue Leute sind schwer zu gewinnen, und die 530 Ausgesperrten halten mit fester Festigkeit zusammen.

Der bei der Firma Hedwig u. Co., Nabeberg, Glasflaschen- und Sandbläserei, infolge großer Lohnkürzungen mit dem Gesamtpersonal ausgebrochene Streik währt nun bereits 11 Wochen und dauert ununterbrochen fort. Bezug ist strengstens ferngehalten.

Ausland.

Holland. In Amsterdam streiken die Hosenarbeiter. Versuche der Transportarbeiterorganisationen, durch Verhandlungen mit den Unternehmern zu einer Einigung zu kommen, sind gescheitert. Der Vorstand der Arbeitgebervereinigung auf Schiffbauerschaften antwortete auf das Angebot der Organisationen, daß keine Verhandlungen möglich seien, weil die Arbeiter am 8. Januar durch die Arbeitsniederlegung „die Machtfrage“ hätten. Die Unternehmer haben nun ihre Streikbrecherregeln auf Meisen gestellt, die vermutlich auch auf deutschem Gebiet nach arbeitswilligen Zeiten suchen werden.

Frankreich. Das Schicksal der 8000 Schuharbeiter, die die maßlose Habsucht der Fabrikanten von Rougères dem Grund preisgibt, lenkt die Augen der ganzen Öffentlichkeit auf sich. Selbst die ärgsten Reaktionen wegen es nicht, offen ihre Sympathien mit den Ausbeutern zu bekennen. Als die sozialistischen Deputierten in der Kammer für die Ausständigen eine Motion veranfaßten, bekamen sie auch von Liberalen und nationalistischen Kollegen Beiträge. Praktisch von größerer Bedeutung ist, daß die Kammer den Antrag der sozialistischen Fraktion, für die Opfer des Streiks einen Kredit von 100 000 Fr. zu bewilligen, mit Zustimmung der Regierung der Budgetkommission zu dringlicher Erledigung zugewiesen hat.

Ein Ende des Konflikts ist nicht abzusehen. Die Verhandlungen zweier bürgerlichen Abgeordneten des Departements, Verhandlungen zwischen den beiden Parteien eingeleitet, scheiterten an der hartnäckigen Weigerung der Fabrikanten, die Gewerkschaft anzuerkennen.

Amerika. Für den Weltfrieden wollen die Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten von Amerika eine große Agitation einleiten. Nach dem Plan von Samuel Gompers soll jede Trade Union, die zum amerikanischen Arbeiterbund gehört, von einem Kongreßabgeordneten fordern, daß er dafür im Kongreß in Washington wirke, daß die Vereinigten Staaten für allgemeine Abrüstung und internationale Schiedsgerichte eintraten. Gompers, der Präsident des Arbeiterbundes, will sich damit billigen Ruhm erwerben und hauptsächlich seine Ohnmacht und Einflußlosigkeit in der Politik des eigenen Landes verdecken, wo Gesetz zugunsten der Arbeiter nur mit schwerer Mühe vom Kongreß zu erlangen sind.

Soziales.

Die Renten durch das Reichversicherungsamt gespart werden. Die Zahl der Rentempfänger, die als vollständig erwerbsunfähig gelten, ist seit Jahren absolet und prozentual zurückgegangen. Darüber braucht man sich nicht zu wundern, wenn das Reichversicherungsamt dieser so entscheidet, wie es unter dem Vorbehalt des Geheimrats Friedensburg nach dem „Vorwärts“ im folgenden Fall geschah.

Der Arbeiter Franz Porwollit erlitt am 20. Februar v. J. in dem Betriebe der Vereinigten Königs- und Laurahütte dadurch einen Unfall, daß er durch Sturz vom Dach sich einen komplizierten Schädelbruch und eine Verletzung des rechten Handgelenks zuzog. Als Unfallfolge wurde von Herrn Sanitätsrat Dr. Farkmann nach monatlicher Behandlung des Verletzten im Krankenhaus festgestellt, daß infolge eines komplizierten Schädelbruchs die Schädeldecke ein Loch in Größe eines Nühneries aufwies. Nach langen Versuchen war es schließlich möglich, eine Deckung der Verletzung durch die äußere Kopfhaut zu erzielen. Das rechte Handgelenk war vollständig verkrüppelt und die Hand zu jeder Erwerbstätigkeit unbrauchbar, da die Finger nicht beweglich, nur zwei Finger in mäßiger Grade bewegungsfähig waren. Dieser ärztliche Sachverständige hält den Verletzten sofort nach monatlicher Behandlung im Krankenhaus für 20 Proz. erwerbsfähig. Ein anderer Arzt, der den Verletzten im Krankenhaus behandelt hatte, schildert den Zustand desselben wie folgt: „Die Verletzung des P. war eine außerordentlich schwere, das Schädeldach war in großer Ausdehnung zertrümmert, scharfe Knochen splitter hatten die harte Hirnhaut zerrissen und waren tief in das Gehirn eingedrungen. Die Knochenstücke wurden wieder regelrecht zusammengefügt, es gelang aber nicht, sie zur Einheilung zu bringen, da sich eine Eiterung einstellte, welche große Partien des Gehirns zerstörte. Infolge von Verschleppung giftiger Reime durch das Blut entstanden schwere eitrige Entzündungen des rechten Handgelenks, denen mehrere Handwurzelknochen und die Strecksehne des Ringfingers zum Opfer fielen. Das Handgelenk wurde deshalb steif und erlangte auch durch die lange fortgesetzte medizinische Behandlung keine nennenswerte Beweglichkeit wieder. Ueber der großen Knochenlücke im Schädeldach schloß sich Haut in einer breiten Narbe und verdeckte hierbei direkt mit dem an dieser Stelle von der harten Hirnhaut entblößten Gehirn.“ Der ärztliche Sachverständige kommt schließlich nach ausführlicher Schilderung des Gesamtzustandes des Mannes zu folgendem Ergebnis: „Daß P. keine Arbeit mehr findet, ist wahrscheinlich kein Wunder; wer will den armen Krüppel beschäftigen, der an seiner rechten Hand nur zwei gebrauchsfähige Finger hat, dem das Gehirn aus einer 3 Zentimeter breiten und 7 Zentimeter langen Lücke im Schädeldach bei jedem Senken des Kopfes herausquillt, nachdem ihm ein fast hühnergroßer Teil des Gehirns mißamt der bedeckenden Gehirnhaut herausgepreßt ist? Glaubt man denn im Ernst, daß P. noch arbeiten könne, weil er herumgehen kann und rote Waden hat? Ein Glück für ihn, daß ihn niemand zur Beschäftigung angestrengt und durch öfteres Nüchtern-geseztes Gehirn würde bald mit epileptischen Anfällen reagieren. Man gedure doch dem armen Menschen das bisherige Gelingen, was ihm bis jetzt noch geblieben ist, und gewähre ihm die wohlverdiente Rente, ehe

ihn Nahrungsmangel gänzlich ruiniert. Solange nicht auf operativem Wege eine Besserung in dem Zustande P.s geschaffen wird, muß er als vollkommen erwerbsunfähig betrachtet werden.“

Trotz dieser bewegten Lage des Arztes über den Zustand des Mannes veranlaßte das Reichversicherungsamt nur, dem Mann noch für eine kürzere Zeit nach dem Unfall die Vollrente zu gewähren, dann aber nur 80 Proz. Der Antrag des Verletzten vor Arbeitersekretariat, wenigstens noch einen anderen Gutachter in der Sache zu hören bei der widersprechenden Beurteilung, wurde schlanke abgelehnt. Darf man sich dann wundern, wenn die Zahl der Vollrentner zurückgeht, wenn diesem elenden Krüppel zugemutet wird, er besäße noch ein Fünftel der Arbeitsfähigkeit, über die er in gesunden Tagen verfügte?

Gerichtliches.

Ungehörige Mißs. 1 Jahr 3 Monate Zuchthaus, 12 Jahre 10 Monate 7 Wochen und 1 Tag Gefängnis wie 1350 Mk. Geldstrafe sind über Mitglieder des Hafenarbeiterverbandes im Jahre 1906 wegen Streikvergehen usw. verhängt worden.

Aus Handel und Industrie.

Die Gesamtausfuhr Annabergs i. Gra. nach den Vereinigten Staaten betrug nach dem „Konfessionar“ in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1906:

	Doll.	145 923,06
im Dezember-Quartal 1906		113 831,58
	Zunahme Doll.	27 092,38

Die Ausfuhr speziell in Posamenten, Gürteln, Taschen und Lampenfransen betrug

	Doll.	100 841,44
im Dezember-Quartal 1906		78 535,67
1904		64 210,90

Die Ausfuhr hat sich also seit 1904 fast verdoppelt.

Betriebsunfälle.

Ein Wein gänzlich zerfahretet wurde einem 20-jährigen Arbeiter in der Eisengießerei von E. G. Hauthof in Chemnitz. Beim Reinigen des Hauptkanals fiel ihm unerheblich von hinten ein mehrere Zentner schwerer Eisenklotz in die Weine, wobei das eine Bein gänzlich zerfahretet und das andere am Fuß schwer verletzt wurde. Wegen Amputation des einen Beines wurde sofort die Heberführung des Verletzten ins Krankenhaus angeordnet. Wen die Schuld an dem Unglück trifft, bedarf nach der Auffassung, da mehrere Eisenklöße übereinander lagen und zum Besäubern der Formkasten dienten. Erwähnt sei noch, daß der bedauernswerte junge Mann durch einen Unglücksfall schon ein Auge verloren hat.

Vermischtes.

Käse als Nahrung. Der Nährstoffgehalt sämtlicher Käsearten ist bekanntlich recht bedeutend, dagegen tritt der Käse in der Krankenkost zurück, weil er als schwer verdaulich gilt. Fiebernden sowie Magen- und Darmkranken reicht man daher im allgemeinen keinen Käse. Deswegen ist im allgemeinen auch die Frage, ob man Kindern Käse geben soll, zu verneinen. Kleinen Kindern, welche das sechste Jahr noch nicht erreicht haben, soll man gar keinen, größeren nur milde Sorten geben und auch nur dann, wenn sie einen sehr guten Magen haben. Während man in Deutschland dieser Anschauung halbtzig, ist neuerdings von dem französischen Arzte Dr. Gaillois der Käse, und zwar der Gervaiskäse, direkt als Heilmittel bei fieberhaften Magen- und Darmkrankheiten des Kindesalters empfohlen worden. Gaillois geht davon aus, daß die meisten Verdauungsstörungen durch Ueberfütterung entstehen, bei Kindern und Säuglingen erfolgt dies namentlich durch übermäßigen Milchgenuß. Die Erfolge, die mit der Trochendiät erzielt wurden, besäßen Dr. Gaillois in dieser Meinung. Er verordnet daher seinen demkranken Säuglingen Käse und gibt alle drei Stunden ein Gemisch von einem Teelöffel Gervaiskäse mit einem Eßlöffel Milch und etwas Zucker. Die damit erzielten Resultate waren so ausgezeichnet, daß Gaillois seine Methode auch bei der fieberhaften Kindercholera anwendete. Bei allen diesen Krankheitszuständen muß der Magenmechanismus möglichst ruhig gestellt und ihm nur leichte Arbeit zugemutet werden. Dazu ist der Gervaiskäse ein sehr geeignetes Mittel.

Mißstände im Textilgewerbe.

In Speyer, in der Baumwollspinnerei, wird in der Karbidier viermal am Tage der Niederschlag von den Maschinen während der Arbeitszeit abgestäubt, was die Atmosphäre künstlich in ein unbeschreibliches Staubmeer verwandelt. Schon seit längerer Zeit werden die im Auftragslohn beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen gezwungen, die Wespertouren durchzuarbeiten, ihr Wesper während des Betriebes in den mit Staubpartikeln und Gestank geschwängerten Arbeitsräumen einzunehmen, statt, wie es in geordneten Betrieben der Fall ist, Speisefäle zur Verfügung zu haben. Wo in einzelnen Fällen noch annähernd anständige Löhne erzielt werden, da herrscht Protektionswirtschaft. Da werden in erster Reihe die Angehörigen der Meister oder sonstige Liebediener berücksichtigt. Das Gros der Arbeiterinnen muß sich mit Löhnen von 7—10 Mk. pro Woche begnügen. Löhne von 2,30—2,50 Mk. für erwachsene männliche Arbeiter gehören durchaus zur Regel. Aber nicht nur, daß man die Arbeiterschaft durch niedrige Löhne, lange Arbeitszeit und mangelhafte sanitäre Einrichtungen ausbeutet, man versucht ihnen auch sonst ihre Rechte illusorisch zu machen. So wurde in jüngster Zeit ein Arbeiter, der vom Bezirksarzt als krank erklärt wurde (der Arzt der Betriebskrankenkasse konnte mit dem besten Willen keine Krankheit entdecken), ohne Kündigung entlassen, ja man verweigerte ihm die Auszahlung des ihm statutarisch zustehenden Krankengeldes. Hier wird ja voraussichtlich Verwaltungsbehörde und Gewerbeamt dem Betroffenen nach zu seinem Rechte verhelfen. Ein Fabrik-Konsumverein nach kruppligem Muster setzt den „sozialen“ Einrichtungen der Fabrik die Krone auf.

In Gumbertten, in der Jutespinnerei von Sechig, wurde ein Arbeiter, der wegen einer Bestrafung mit dem Obermeister in Wortwechsel geraten war, mit einem Besenstiel berast bearbeitet, daß er arbeitsunfähig ist. Hoffentlich bestrahlt der Gemißhandelte gerichtliche Bestrafung des Täters.

Berichte aus Fachreisen.

Nachen. Vor kurzem starb infolge eines Herzschlags unser Genosse J. Bremen. Ein Teil seiner Arbeitskollegen legte nun auf die Anregung eines Ausfühmtitgliedes hin ein Eherlein zusammen, um, wie dies bei derartigen Anlässen gebräuchlich ist, den Verstorbenden durch eine Kranzspende zu ehren. Da es bei Sterbefällen eines Arbeitgebers oder Angestellten von den Arbeitern fast niemals unterlassen wird, einen Kranz zu spenden, so verfuhrte das Ausfühmtitglied zu erfahren, ob diese Rücksichtnahme auch von den Fabrikanten eingehalten würde. Er wurde jedoch von dem frommen Katholiken und frommen Zentrumsmann Herrn Nahenberg abgewiesen, nachdem letzterer auf Befragen festgestellt hatte, daß es Bremen war, den er erst vor einiger Zeit vereinsmäßig eine Woche lang ausgesperrt und nur unter dem Zwange der Verhältnisse wieder eingelassen hatte. Am Tage vor der Beerdigung erbatene einige Kollegen beim Meister Urlaub, um dem Begräbnis beizuwohnen. Durch den Meister ließ Herr Nahenberg den Webern erklären, wer es wage, am Begräbnis dieses Webrmens teilzunehmen, erhalte keine Entlassung. Die Belegschaft (etwa 90 Weber, darunter etwa 60 „Christlich“ organisierte) nahm noch am selben Tage hierzu Stellung und beschloß einstimmig, daß man sich ein solches Vorgehen des Herrn Nahenberg nicht gefallen lassen wolle und für die eventuell Entlassenen eintreten würde. Trotz dieses einstimmigen Beschlusses war es den im Deutschen Textilarbeiterverbande organisierten Webern infolge der bisherigen Erfahrungen klar, daß es einem Teile der dort beschäftigten „Christlichen“ sehr gelegen komme, wenn die so verhaltenen Weber bei dieser Gelegenheit auf die Straße geworfen würden. Deshalb wurden nur sieben Mann bestimmt, hinzugehen. Wie vorausgesehen, so geschah es. Die sieben Kollegen wurden entlassen, und in der darauf abgehaltenen Fabrikbesprechung erklärte der „Christliche“ Vertrauensmann Schlaßloch, daß nur über die Neuwahl des Ausschusses verhandelt werde; es sollte also die Entlassung der sieben Weber gar nicht zu Sprache kommen. Das „Christliche“ Ausschusmitglied Janßen ließ dann sofort über seinen gestellten Antrag abstimmen, wonach wegen schlechten Besuchs die Besprechung auf zwei bis drei Wochen vertagt werden solle. Diefem Antrag wurde von den erschienenen „Christen“ freudig zugestimmt. Selbst der anwesende „Christliche“ Verbandsvertreter Eifertich freute sich, daß seine „Christlichen“ Freunde sich vereinbart hatten, der Besprechung fernzubleiben. Um nun den Herrn Nahenberg nicht in Mißkredit kommen zu lassen, bringt der „Volkshfreund“ in Nr. 6 einen Bericht über die Vorgänge, wonach nicht der Zentrumsmann Nahenberg, sondern die frei organisierten Weber die Schuld an der Entlassung tragen sollen. Gleichfalls verfolgte man im „Volkshfreund“ auch den Zweck, die hiesigen Fabrikanten auf die Entlassenen aufmerksam zu machen. Letztere wiesen nun in einer Verdrückung dem „Volkshfreund“ eine ganze Reihe Unwahrheiten im Bericht nach, worauf der „Volkshfreund“ einen weiteren Artikel brachte, der das gerade Gegenteil des ersten Berichtes war. Allerdings müssen wir dem „Christen“ Janßen selbst wenn er den letzten Artikel verbrochen hätte, von vornherein mitbedenke Umstände zusprechen, denn ein Weber, der sich beim Stuhlfestsetzer beschwert, daß seine Maschine an einer Seite 20 Touren mehr macht als an der anderen, kann zu den Berechnungsfähigen nicht mehr gezählt werden.

Überbach i. R. In der letzten Monatsversammlung gab der Kassierer den Kassensbericht. Die Kassieren hatten die Kasse in Ordnung befunden. Die Entlastung des Kassierers wurde jedoch bis zur nächsten Versammlung vertagt. Man war der Ansicht, daß der Kassierer erst noch über den Streik der Teppichweber abrechnen müsse, wenn man ein genaues Bild von den Kasserverhältnissen bekommen wolle. Zwei Mitglieder wurden wegen Streikbruchs einstimmig ausgeschlossen: Albin Reidel, früher in Reichensbach, und Frau Veigt, früher in Oelsnitz i. R. Dann ging man zur Besprechung der Lage der Gardinenweber über. Ein Antrag des Kollegen Kogler: Die ganze Sache dem Gesamtvorstand zu überweisen, der Schritte unternehmen soll, daß aus der Agitation für diese Branche Erpriechliches hervorgeht, wurde einstimmig angenommen. Beim Punkt 4, Genesprekellenunterstützung der Teppichweber stellte Kollege Womner den Antrag: Sämtlichen Teppichwebern, welche nicht mehr eingestellt wurden, von der ersten Woche an die Genesprekellenunterstützung zu zahlen. Dieser Antrag wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Dann wurden noch die Kollegen Müller, Dähler und Köffel als Unterkassierer gewählt.

Goesfel. (Situationsbericht.) Zu den Firmen, welche gewöhnlich in allen möglichen Zeitungen Textilarbeiter zu hohen Aböhnen suchen, gehört auch die Vereinigte Wuntweberei hier am Orte. Daß die Verhältnisse wirklich nicht so rosig sind, wie dies in der Regel ausgemalt wird, beweist schon zur Genüge das fortschreitende Zurückweichen der auswärtigen Kollegen. In letzter Zeit kommt es häufig vor, daß berechtigte Weber mit einem Wochenverdienst von zehn bis 12 Mk. nach Hause müssen. Daß es dem Arbeiter einfach unmöglich ist, bei den heutigen Nahrungsmittelpreisen selbst die höchsten hohen Wohnungsmieten seine Familie vor Hunger zu bewahren, liegt doch klar auf der Hand. Ursache des schlechten Verdienstes ist in der Hauptsache Mangel an Material. Kommt es doch vor, daß die Weber eine ganze Woche auf Ketten warten müssen. Die Vergütung, welche dafür gezahlt wird, ist so knapp bemessen, daß ein Lohn wie der obenbemerkte herauskommt. Die Firma versucht den Arbeitern Glauben zu machen, es wäre kein Garn zu erhalten. Wir glauben aber, daß die Firma bei gutem Willen wohl Material erhalten könnte. Die Firma scheint aber die Arbeiter etwas mißbehandeln zu wollen. Schuld daran ist wohl die Leitung der christlichen Gewerkschaft. Als nämlich vor längerer Zeit die Arbeiter der Wuntweberei in einer Lohnbewegung standen, fanden die Führer der christlichen Gewerkschaften es für gut, aus ganz wichtigen Gründen Uneinigkeit in die Arbeiterschaft zu bringen und so die ganze Bewegung illusorisch zu machen. Der Ortsvorstand des christlichen Verbandes erklärte nämlich: „Wir werden unter keinen Umständen mehr mit der freien Gewerkschaft zusammenarbeiten, werden aber die Lohnbewegung zugunsten der Arbeiter allein zu Ende führen.“ Obgleich von unserer Seite auf das Unsinnsige dieser Handlungsweise aufmerksam gemacht wurde, beharrte man auf diesem Standpunkt. Aber die Arbeiterschaft mußte bald einsehen, daß die Christlichen von dem Standpunkt ausgingen, daß in leterer Gasse gut heißt ist, denn trotz der schönen Worte des Vorstandes ist die Bewegung nicht zu Ende geführt, sondern in aller Stille begraben worden und zwar zum Nachteil der Arbeiterschaft. Von unserer Seite wurde zwar noch versucht, die Bewegung wieder in Gang zu bringen, aber vergebens. In einer Fabrikbesprechung von unserer Seite einberufen, welche jedoch von den Christen gemieden wurde, kam eine Resolution zur Annahme, welche verlangte, daß der christliche Verband mit der übrigen Arbeiterschaft zusammenarbeite, damit die niedrigen und ungerechten Löhne bald aufgebessert würden. Die Resolution wurde dem christlichen Ortsverband übermittelt, welcher darüber unter den Mitgliedern abzustimmen hatte. Die Resolution wurde abgelehnt, und wohl deshalb, weil der Bezirksleiter des christlichen Verbandes, Herr Jenning, es verstand, durch allerhand Gruselgeschichten über die freien Gewerkschaften (so sollten nach Herrn Jenning in Gumbertten von Seiten der freien Gewerkschaften 30 Streikbrecher vorhanden sein) den Mitgliedern Fanatismus einzujöfeln. Daß diese Geschichten auf Kosten der Wahrheitsliebe ihres Arbeiters zustande kamen, brauchten die anwesenden Mitglieder nicht zu wissen. Daß man in stände war, einen solchen Beschluß zu fassen, wodurch die Uneinigkeit unter der Arbeiterschaft dokumentiert wird, ist einfach heller Wahnsinn. Das heißt, wenn sich die christliche Gewerkschaft als wahre Vertreterin der Arbeiterschaft betrachte. Wir hoffen, daß die ganze Machination der christlichen Verbandsführer auch bald von den eigenen Mitgliedern erkannt wird und daß dieselben dieser Organisation den Rücken kehren. Im Hebrigen ersuchen wir um Fernhaltung des Zuguges.

Einshorn. Am 5. Januar hielt die hiesige Filiale des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes ihre Generalversammlung ab. Kollege Dr. Jahn verbreitete sich in großen Zügen über die Entwicklung unserer Filiale im verfloffenen Jahre. Öffentliche Zusammenkünfte haben stattgefunden 10, Mitgliederversammlungen 11, Werkstattversammlungen 7, Vorstandssitzungen 15. Dann verbreitete sich der Kassierer über die Entwicklung des im vorigen Jahre durchgeführten Streiks. Hieran schloß sich eine lebhafteste Debatte. Aus der Verhandlung gingen hervor: Wilhelm Dreller, 1. Vorstandsmitglied, Franz Keller, 2. Vorstandsmitglied, Herr Kassierer, Rudolf Karger, Schriftführer, Franz Metlach, Franz Döhner, Franz Keller, Hebrören. Aus Anwesenheit wurde Kollege Keller gewählt. Unter Vorsitzendem wurden die Verhältnisse in der hiesigen Wberei einer scharfen Kritik unterzogen, es wurde beschlossen, den immer krasser auftretenden Mißständen energisch entgegenzutreten. Wir möchten die Kollegen warnen, sich nicht hierherlocken zu lassen, sondern Einshorn vorläufig zu meiden.

Einshorn. Am 5. Januar hielt die hiesige Filiale des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes ihre Generalversammlung ab. Kollege Dr. Jahn verbreitete sich in großen Zügen über die Entwicklung unserer Filiale im verfloffenen Jahre. Öffentliche Zusammenkünfte haben stattgefunden 10, Mitgliederversammlungen 11, Werkstattversammlungen 7, Vorstandssitzungen 15. Dann verbreitete sich der Kassierer über die Entwicklung des im vorigen Jahre durchgeführten Streiks. Hieran schloß sich eine lebhafteste Debatte. Aus der Verhandlung gingen hervor: Wilhelm Dreller, 1. Vorstandsmitglied, Franz Keller, 2. Vorstandsmitglied, Herr Kassierer, Rudolf Karger, Schriftführer, Franz Metlach, Franz Döhner, Franz Keller, Hebrören. Aus Anwesenheit wurde Kollege Keller gewählt. Unter Vorsitzendem wurden die Verhältnisse in der hiesigen Wberei einer scharfen Kritik unterzogen, es wurde beschlossen, den immer krasser auftretenden Mißständen energisch entgegenzutreten. Wir möchten die Kollegen warnen, sich nicht hierherlocken zu lassen, sondern Einshorn vorläufig zu meiden.

Nachen. Vor kurzem starb infolge eines Herzschlags unser Genosse J. Bremen. Ein Teil seiner Arbeitskollegen legte nun auf die Anregung eines Ausfühmtitgliedes hin ein Eherlein zusammen, um, wie dies bei derartigen Anlässen gebräuchlich ist, den Verstorbenden durch eine Kranzspende zu ehren. Da es bei Sterbefällen eines Arbeitgebers oder Angestellten von den Arbeitern fast niemals unterlassen wird, einen Kranz zu spenden, so verfuhrte das Ausfühmtitglied zu erfahren, ob diese Rücksichtnahme auch von den Fabrikanten eingehalten würde. Er wurde jedoch von dem frommen Katholiken und frommen Zentrumsmann Herrn Nahenberg abgewiesen, nachdem letzterer auf Befragen festgestellt hatte, daß es Bremen war, den er erst vor einiger Zeit vereinsmäßig eine Woche lang ausgesperrt und nur unter dem Zwange der Verhältnisse wieder eingelassen hatte. Am Tage vor der Beerdigung erbatene einige Kollegen beim Meister Urlaub, um dem Begräbnis beizuwohnen. Durch den Meister ließ Herr Nahenberg den Webern erklären, wer es wage, am Begräbnis dieses Webrmens teilzunehmen, erhalte keine Entlassung. Die Belegschaft (etwa 90 Weber, darunter etwa 60 „Christlich“ organisierte) nahm noch am selben Tage hierzu Stellung und beschloß einstimmig, daß man sich ein solches Vorgehen des Herrn Nahenberg nicht gefallen lassen wolle und für die eventuell Entlassenen eintreten würde. Trotz dieses einstimmigen Beschlusses war es den im Deutschen Textilarbeiterverbande organisierten Webern infolge der bisherigen Erfahrungen klar, daß es einem Teile der dort beschäftigten „Christlichen“ sehr gelegen komme, wenn die so verhaltenen Weber bei dieser Gelegenheit auf die Straße geworfen würden. Deshalb wurden nur sieben Mann bestimmt, hinzugehen. Wie vorausgesehen, so geschah es. Die sieben Kollegen wurden entlassen, und in der darauf abgehaltenen Fabrikbesprechung erklärte der „Christliche“ Vertrauensmann Schlaßloch, daß nur über die Neuwahl des Ausschusses verhandelt werde; es sollte also die Entlassung der sieben Weber gar nicht zu Sprache kommen. Das „Christliche“ Ausschusmitglied Janßen ließ dann sofort über seinen gestellten Antrag abstimmen, wonach wegen schlechten Besuchs die Besprechung auf zwei bis drei Wochen vertagt werden solle. Diefem Antrag wurde von den erschienenen „Christen“ freudig zugestimmt. Selbst der anwesende „Christliche“ Verbandsvertreter Eifertich freute sich, daß seine „Christlichen“ Freunde sich vereinbart hatten, der Besprechung fernzubleiben. Um nun den Herrn Nahenberg nicht in Mißkredit kommen zu lassen, bringt der „Volkshfreund“ in Nr. 6 einen Bericht über die Vorgänge, wonach nicht der Zentrumsmann Nahenberg, sondern die frei organisierten Weber die Schuld an der Entlassung tragen sollen. Gleichfalls verfolgte man im „Volkshfreund“ auch den Zweck, die hiesigen Fabrikanten auf die Entlassenen aufmerksam zu machen. Letztere wiesen nun in einer Verdrückung dem „Volkshfreund“ eine ganze Reihe Unwahrheiten im Bericht nach, worauf der „Volkshfreund“ einen weiteren Artikel brachte, der das gerade Gegenteil des ersten Berichtes war. Allerdings müssen wir dem „Christen“ Janßen selbst wenn er den letzten Artikel verbrochen hätte, von vornherein mitbedenke Umstände zusprechen, denn ein Weber, der sich beim Stuhlfestsetzer beschwert, daß seine Maschine an einer Seite 20 Touren mehr macht als an der anderen, kann zu den Berechnungsfähigen nicht mehr gezählt werden.

Greßrat. Mitte Oktober traten die Arbeiter der Firma Schwarz hier in eine Lohnbewegung ein, die durch öftere Lohnschaltungen hervorgerufen wurde. Die Bewegung blieb ohne Erfolg, weil der Vorstand des christlichen Verbandes, Herr Reich, als Vorstand, seine Schächten einzulassen und hinter dem Rücken der in unserem Verbande organisierten Kollegen bei der Firma vorstellig wurde. Seitdem sind die Verhältnisse für die Arbeiter noch schlechter geworden. Ja, die Direktion nahm keinen Anstand, den Arbeitern ein Weibmachtsgeschenk in Form einer 30prozentigen Lohnreduktion zu machen. Werden den hiesigen Textilarbeitern endlich einmal die Augen aufgehen, so daß sie sich langsam unter ihrem Verbands angeschlossen. Derselbe würde ihre Angelegenheiten eifrig vertreten, darauf könnten sie sich verlassen. Darum bitten wir — bis zum 1. Februar wollen alle Mitglieder ihre eingelebten Karten beim Kassierer Salmann entwerfen lassen.

Wochenblatt. Am 16. Januar fand im Wobersberg Restaurant die öffentliche Textilarbeiterversammlung statt. Gewerkschaftsleiter W. v. H. v. S. sprach über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Textilindustrie und forderte am Schlusse seiner Ausführungen die Anwesenden auf, sich den Organisationsausschüssen anzuschließen, damit auch in Großhanseln bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse geschaffen würden. Hierauf sprach Gewerkschaftsleiter W. v. H. v. S. über die Wichtigkeit der Verbandsvereine. Wenn auch durch die Auflösung des Reichstages der Beschäftigung einwillig beistellt, durch den man die Arbeiterorganisationen zu strangulieren gedachte, müsse jeder nach seinen Kräften dazu beitragen, daß jetzt die richtigen Vorkollegen des Reiches in den Reichstag gewählt würden. In der Diskussion sprach H. v. S. über die Verhältnisse der Arbeiter in den verschiedenen Fabriken und wies nach, daß bei einer längeren Arbeitszeit die Arbeiter leistungsfähiger seien als bei einer längeren, welcher Fallfall lohnte sämtliche Modisten für ihre sachlichen und verständlichen Ausführungen. Hierauf erläuterte die Stabskommission Bericht über den neu eingereichten einheitlichen Lohnsatz für sämtliche Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, wofür mit geringen Veränderungen angenommen wurde. Bezug ist vorzulegen.

Am 18. d. M. (Generalversammlung vom 18. d. M.) wurde die Tagesordnung der Vorstandssitzung vom vergangenen Jahre, um und dadurch eine Vorberathung über den Erfolg unserer Tätigkeit, sowie über die Bewegung unseres Verbandes im allgemeinen und unserer Filiale im besonderen zu verhandeln. Unsere Filiale hat ein arbeitsreiches Jahr hinter sich. Seit Anfang des Jahres 1906 stehen die in der Stoffhandlung beschäftigten Arbeiter in einer Lohnbewegung, welche wohl infolge der Mangelhaftigkeit dieser Branche noch nicht recht in Fluß gekommen ist. Eine Reihe von Sitzungen, Konferenzen und Arbeitsbesprechungen fanden zwecks Ausarbeitung geeigneter Lohnsätze statt. Nimmere liegen die Lohnsätze gebildet vor; sie sollen in einigen Tagen eingeleitet werden. Die geschäftliche Tätigkeit unserer Filiale wurde in drei Vorstandssitzungen und 18 Mitgliederbesprechungen erledigt; letztere waren im Durchschnitt von 25 Mitgliedern besetzt. Der Mitgliederbestand betrug zu Beginn des vergangenen Jahres 200. Aufgenommen wurden 87 und am 31. Dezember sind 184 zu verzeichnen, so daß die Mitgliederzahl um 16% des Jahres 1906 betrug. Den Schluss des Berichtes bildete eine Mitteilung über die im letzten Jahre zur Auszahlung gelangte Abrechnung, sowie über die Art und Dauer der verschiedenen Krankheiten. In der schon erwähnten Frage, Geschäftsführer betreffend, erwähnte der Kassierer, daß die Klassenkasse immer mehr Zeit in Anspruch nehmen und wir deshalb nachsichtig sind, um mit der Anstellung eines Geschäftsführers ernstlich zu beschließen. Da der Vorstandsvorsitz nicht mehr und mehr davon abkommt, zu diesem Zweck Ausschüsse zu stellen, so haben wir uns damit befaßt zu machen, einen neuen Vorstandsvorsitz zu wählen. Diese Anweisung soll im Laufe dieses Jahres ihre Erledigung finden. Der Rechnungsabschluss vom 4. Quartale sowie von der gesamten Jahresrechnung wurde vom Kassierer zum Vortrage gebracht. Das Verzeichnis der Mitgliederzahl ergab im wesentlichen, daß 12 Sitzungen stattgefunden haben, eine Auszahlung erfolgt ist und daß sich die Zahl der Mitglieder der Filiale von 184 auf 184 erhöht hat. Aus den Neuwahlen gingen die Kollegen W. v. H. v. S. als 1. und Hermann Salmann als 2. Vorsitzende, Emil Siegel als Kassierer, Johannes Salmann als 1. und 2. Schriftführer, sowie die Kollegen W. v. H. v. S., Thiele und Gröber als Revisoren hervor. Einmütig beschloß man, den Kartelldelegierten Anwesenheitsgeld von 80 Pf. pro Sitzung zu bezahlen. Die vom Zentralvorstand empfohlenen Taktiken für die Vertragskammer sollen, weil ungeeignet, nicht angebracht werden; dagegen wurde der Vorsitzende beauftragt, in Verbindung mit den Unterkassierern, eine entsprechenden Taktik anfertigen zu lassen. Nachdem die Kollegen Salmann und Salmann noch einige recht beachtenswerte Worte in Bezug auf unsere Lohnbewegung gesprochen hatten, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Mittwoch, den 5. Januar, die regelmäßige Mitgliederbesprechung unserer Filiale wegen zahlreicher anderweitiger Veranstaltungen sehr frühzeitig besetzt wurde, wurde am Donnerstag, den 10. Januar, eine Extraversammlung abgehalten. Zunächst hielt Kassierer Aug. Grob einen Vortrag über das Thema: „Die neuen tarifrechtlichen Einrichtungen im Textilarbeiterverbande.“ Hierbei schilderte in eingehender Weise die Entwicklung unseres Verbandes und erläuterte sodann ausführlich dessen neue Einrichtungen. Hierauf wurden für den Reichstagswahlfonds 100 Mk. aus Vereinstiteln bewilligt. — Das diesjährige Christbaumvergnügen soll Freitag, den 20. Februar, im großen Schützenhaus stattfinden. Antraggemäß soll dasselbe jedoch ohne den üblichen Baum abgehalten werden. Jedes Mitglied hat freien Zutritt. An Stelle des früheren Auswärtigen wurde Kollege Sch. gewählt.

Donnerstag, den 20. Dezember abgehaltenen Generalversammlung gaben der Vorsitzende und der Kassierer den Jahresbericht. Aus demselben ging hervor, daß das vergangene Jahr ein ziemlich arbeitsreiches für die Verwaltung gewesen ist. Da die Filiale Wobersberg der hiesigen angegeschlossen hat, führt die Filiale den Doppelnamen Wobersberg-Wobersberg. Die Filiale ist Wobersberg. Aus der Vorstandssitzung gingen hervor, als Vorsitzender Karl Weinhardt, als Kassierer Otto Meißner, als Schriftführer Paul Siegel. Anwesenheitsgeld und Reiseunterstützung gab der Kassierer nur Sonnabends von 1/2 bis 1/2 Uhr aus. Zum Schluss der Sitzung zur besuchten Versammlung wurde von den anwesenden Kollegen stark gewünscht, daß unsere Mitgliederbesprechungen von Seiten der Fabriken, hauptsächlich der Kammergarnspinnerei, so leicht besucht werden. Galt es die Kollegen nicht für nötig, in die Versammlungen zu kommen oder herbeiführen, rufe ich euch allen auf: Erwacht aus eurer Unwissenheit, besucht die Mitgliederbesprechungen besser, um endlich bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Unsere regelmäßigen Mitgliederbesprechungen finden jetzt alle 4 Wochen des Sonnabends statt.

Überhaupt im Wobersberg. Manches Gammle ist hier schon in den Jahren vergangen. Abklärung des Gammles wird nur unter Umständen bewilligt und zwar auf jede arbeitende Person 10 Pf. Weitere Vorstöße werden unter keinen Umständen gegeben. Die neu angestellten Arbeiter zu haben haben, danach fragt die Filiale nicht. Die Geschäftsführer haben beschlossen, keinen Arbeiter mehr einzustellen, sondern nur gegen das aber einen neuen Arbeiter einzustellen. Den Lohn soll man nicht über den Wert des Arbeitslohes setzen und den Lohn nicht über den Wert des Arbeitslohes setzen. Wobersberg und Wobersberg.

in seinem Betriebe zu beschäftigen und bessere Löhne zu zahlen, hat sein Wort insoweit gehalten, daß es die Löhne regulierte, aber nach unten. Früher gab es 2,30 Mk. Tagelohn und bei Viktorhahn nach 1,40 Mk. 10 Pf. Kräfte. Diese Kräfte hat er zwar nicht befreit, es kann sie aber nur erhalten, wer mindestens 1,50 Mk. in Akkord verdient. Auf einige Artikel gab er früher 2,30 Mk. Tagelohn, jetzt 2,50 Mk., er läßt diese Artikel aber nicht mehr in seinem Betrieb herstellen, und so sind die Arbeiterinnen auf neue geschädigt. Sie können sich ja abends auf der Straße etwas verdienen. Herr Schaffelsch löst seine Waren aber weiter in Buchhäusern und Gefangenenanstalten herstellen und hat nicht nötig, arbeitsfähige Arbeiter zu zahlen. So kennzeichnen sich die Herren von Geldsack, Gauden, und die Arbeiterinnen in Wobersberg nicht den Mut, darin Wandel zu schaffen oder werden zum großen Teil von Verwandten, Eltern usw. verhindert, sich mit Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation ein besseres Dasein zu schaffen. Wieder hat Herr Schaffelsch einigen Arbeiterinnen geschädigt, weil sie ihre Arbeitskraft höher bewertet wissen wollten; gleichzeitig zieht die übrige Arbeiterschaft dem Wissen Treiben des Unternehmers zu, wohl die Faust in der Tasche haltend, nicht aber den Mut besitzend, sich ihrer Organisation, dem Deutschen Textilarbeiterverband, anzuschließen. Wie lange noch?

Plauen i. B. Dem Beispiele anderer Industriezentren Deutschlands folgend, haben nun auch die Plauenschen Textilarbeiter die seit längerer Zeit angeordnete Verkleinerung der zwei am Orte bestehenden Filialen herbeigeführt. Bereits im Dezember vorigen Jahres beschloß eine Versammlung die Auflösung der beiden Filialen, Anschließung an den Zentralverband deutscher Textilarbeiter als Einzelmitglieder, Anstellung eines Geschäftsführers und Erhebung eines Lokalzuschlages von 5 Pfennig pro Kopf und Woche. Die hierzu erforderlichen Vorarbeiten sind im vollen Gange. — In einer am Montag, den 11. Januar, im „Gewerkschaftshaus“ abgehaltenen Generalversammlung der Textilarbeiter wurde nun auch die Wahl des Geschäftsführers vorgenommen. Eine zu diesem Zweck eingesetzte Kommission schlug der Versammlung von den 23 Wählern 3 Kollegen zur engeren Wahl vor. Mit 188 von 198 abgegebenen Stimmen wurde der in gewerkschaftlichen wie in politischen Kreisen bekannte frühere Weber, jetzige Buchhalter, Stollens Hugo Bödel-Plauen gewählt, welcher bereits seit einigen Jahren die Leitung der Filiale I in Händen hatte. Das Resultat wurde mit freudigen Beifall aufgenommen. Der Eintritt hat bis 1. Februar zu erfolgen. Des weiteren wurden die Wahlen zum Verwaltungsausschuss, der Kartelldelegierten und der Revisoren erledigt. Der Verwaltungsausschuss besteht aus sechs Personen aus fast allen hier vertretenen Branchen. Den Kartelldelegierten werden im Juni für jede Sitzung 60 Pf. Anwesenheitsgeld gewährt. Unter „Verschiedenes“ wurde beschlossen, dem Reichstagswahlfonds 60 Mk. als 1. Rate der Textilarbeiter zu überweisen. Kollege Bödel dankte für das ihm entgegengebrachte Vertrauen und versprach, seine ganze Kraft für die Organisation einzusetzen. — Nun, Ihre organisierten Kollegen und Kolleginnen! Mault nicht etwa, daß Ihr durch die Anstellung des Geschäftsführers jeder Arbeit entbunden seid. Im Gegenteil, um so intensiver muß jetzt gearbeitet werden. Mit es doch, nicht nur Stunden, nein, noch Tausende der Organisation zuzuführen. Stellt Euch kein Kreuz zur Seite und folgt dem Ruf, wenn es gilt, für den deutschen Textilarbeiterverband zu agitieren!

Bühnen. (Hilflos auf unsere Lohnbewegung.) Im August vorigen Jahres traten auf Veranlassung unseres Vorstandes die hiesigen Textilarbeiter aus ihrer schon sprachlos gemachten Gleichgültigkeit für die gewerkschaftliche Organisation heraus. Es wurden durch Kollege W. v. H. v. S. in Besprechungen abgehalten, in welchen unser Gewerkschaftsleiter W. v. H. v. S. über die zehnstündige Arbeitszeit, 10 Proz. Lohnhöhung und wöchentliche Lohnzahlung referierte. Komte auch die erste Besprechung wegen zu schwachen Besuchs nicht stattfinden, so zeigten doch die übrigen fast durchgängig einen guten Besuch, so daß, nachdem für jeden Betrieb eine Besprechung stattgefunden hatte, in einer öffentlichen, sehr gut besuchten Versammlung einstimmig obige Forderung aufgestellt wurde. Die Fabrikantenschiffe wurden beauftragt, dahingehend vorstellig zu werden, was auch in allen Werbetrieben geschah. Die Antwort wurde bis 1. Oktober v. J. verlangt. Aber der 1. Oktober kam und es wurde nicht mit den Arbeitervoraussetzungen verhandelt, sondern durch Anschlag bekannt gegeben, daß die Arbeiter gar nicht in der Lage seien, etwas zu bewilligen, mit Rücksicht auf den Geschäftsgang und die auswärtige Konkurrenz. Dieser Anschlag war vom Fabrikantenverein unterzeichnet, jedoch die Arbeiterklasse ließ ihre Forderungen nicht so ohne weiteres abwimmeln, sondern beschloß wiederum in einer sehr stark besuchten Versammlung, daran festzuhalten. Den Fabrikanten wurde eine weitere Frist bis zum 1. Januar 1907 gewährt. Innerhalb dieser Zeit sollte aber unser Verband mehr gestärkt werden, denn es waren von circa 2800 am Orte beschäftigten Arbeitern kaum 600 organisiert. Fabrikbesprechungen wurden wieder abgehalten, auch die Agitation in den Fabriken setzte ein, so daß wir ein, wenn auch langsames, so doch festes Vordrängeschreiten bemerken konnten, was allerdings den Fabrikanten auch nicht entging. Als der 1. Januar heran kam, wurde wieder, ohne daß mit den Fabrikantenschiffen verhandelt worden wäre, bekannt gegeben, daß die Arbeitszeit vom 2. Januar 1907 10 1/2 Stunden beträgt; aber eine Lohnhöhung trat nicht ein, sondern es war den einzelnen Fabrikanten überlassen, dies selbst zu tun, was auch in einigen Fabriken geschah, allerdings in kaum nennenswerter Weise, und so beschloß denn die Arbeiter, ihre Forderung voll durchzuführen und als neue einen Kartelllohn hinzuzufügen. Für den 1. Februar 1907 wurde die Antwort verlangt. Eingeleitet wurden diese Forderungen am 16. Januar. Sollten sich denselben diesmal die Arbeitgeber wieder verschließen und sich weigern, mit den Ausschüssen zu verhandeln, so könnte es zum Kampfe kommen, denn das dreimalige Verbot der Arbeiterklasse ein Versteckspielchen der Ausschüsse und ihrer Forderungen nicht ohne weiteres gefallen lassen. Aber unsere Aufgabe bis dahin muß es sein, den letzten Mann und die letzte Frau in den Verband zu holen, denn je geschlossener wir dastehen, desto eher werde der Sieg auf unserer Seite sein. Das war allgemeine Stimmung. Einen schönen Beweis von Solidarität zeigten die Arbeiter der Firma Siegel u. Schütz. Es herrschte da seit Einführung der 10 1/2 stündigen Arbeitszeit eine solche Strenge, daß sich die Arbeiter veranlaßt fühlten, eine Fabrikbesprechung abzuhalten, in welcher nun alle diese Maßnahmen, welche eher an eine Zuchtordnung als an eine Ordnung für freie Arbeiter erinnerten, besprochen wurden. Es durfte kein Arbeiter vor seiner vierstündigen Frühstücksober- oder Vesperpause sich etwas zu essen holen, auch wurden während der Pausen die Tore geschlossen gehalten. So kam es, daß die Pausen vergingen und ein Teil Arbeiter nicht gefressen hatte. Aber wenn es wieder Mangelte, ging durch jeden Saal ein Kontrolleur und sah, ob alles wieder arbeitete. Auch sollte Sonnabends erst nach 1/2 Uhr gepulst werden. Das alles wollten sich die Arbeiter nicht gefallen lassen und wurde der Arbeitervoraussetzungen beauftragt, dahingehend vorstellig zu werden, was er auch tat. Aber Herr Siegel beharrte die Ausschussmitglieder nicht abtöten. Die Ausschussmitglieder wollten darauf das Honorar und teilten das Ergebnis den Arbeitern mit, und sofort ruhte die Arbeit. Kollege Siegel ging nochmals zum Chef und fragte, ob er zum Verhandeln bereit wäre, obgen stände der ganze Betrieb und die Leute seien gewillt, die Arbeit niederzulegen, falls es zu keiner Einigung käme. Herr Siegel erklärte: „Da mögen sie hingehen!“ Und sie sind gegangen; circa 450 Mann bestanden wie mit einem Schlag die Arbeit und gingen in den „Mittelsgarten“, um dort die weiteren Schritte zu beschließen. Nachdem Kollege Weischnaber, welcher telephonisch benachrichtigt war, angekommen war, beschloß die Versammlung, um 2 Uhr den Ausschuss wieder heranzuführen. Und siehe, der Unternehmerruf war gebrochen; Herr Siegel ließ sich zur Verhandlung herbei und es kam zur Einigung. Die Hauptforderungen wurden erledigt und es zog denn am anderen Tage früh 10 Uhr die Arbeiterklasse geschlossen, wie sie den Betrieb ver-

lassen hatte, in denselben wieder ein, getragen von dem Bewußtsein, daß durch Einigkeit der Arbeiter alles erreicht werden konnte. Sonntag, den 13. Januar, fand die Hauptversammlung der hiesigen Filiale, welche noch etwas besser besucht sein konnte, statt. Der 1. Vorsitzende gab den Geschäftsbericht vom vergangenen Jahre und hob unter anderem hervor, daß selbiges infolge der Tarifbewegung ein sehr arbeitsreiches gewesen ist. Der Kassierer erstattete den Kassierenbericht. Am Schlusse 1906 war der Mitgliederbestand 120, 1906 200, mithin ist eine Zunahme von 80 Mitgliedern zu verzeichnen. Angemeldet wurden 100, abgemeldet 23 Mitglieder. Die Einnahme betrug 2006,38 Mk., die Ausgabe 2420,88 Mk., bleibt ein Kassenbestand von 645,48 Mk. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: 1. Vorsitzender Heinrich H. v. S., 2. Philipp Sonntag, 1. Kassierer Gustav Otto, 2. Michael Pette mann, 1. Schriftführer Wilhelm Hirschberger, 2. Max Schulze, Revisoren: Paul Trautner, Max Wendler, Max Hirschmann. Kollege Schlabich, als Kartelldelegierter, verlas den Geschäftsbericht vom Kartell in Linbach. In der Diskussion waren mehrere Kollegen mit dem Bericht nicht zufrieden; er war sehr kurz und belanglos gehalten, und trefflich hätte ein Kollege aus, daß wir uns darüber nicht zu wundern brauchen, denn es steht doch am Anfang des Berichtes, „das vergangene Jahr ist ein arbeitsreiches gewesen“. Wir glauben aber, das Gegenteil ist richtig. Ein Kollege stellte den Antrag, 40 Mk. dem Wobersberg zu überweisen; selbiger wurde einstimmig angenommen. Gassen wir, daß im neuen Jahr durch unsere Arbeit die Kammergarnspinnerei sich verdoppelt — trotz alledem.

Speyer. In einer Versammlung, in der Mitglieder in der hiesigen Baumwollspinnerei zur Sprache kamen, wurde nach Referaten von Richard Mainz und Schrader (Kassierer) folgende Resolution angenommen: „Die heutige im Lokale zum Heinen Stropfenlager tagende sehr gut besuchte öffentliche Versammlung protestiert entschieden gegen die Behandlung, die die Direktion den bei ihr beschäftigten Arbeitern angedeihen läßt. Die Versammlung erkennt an, daß nur die Organisation bessere und menschenwürdiger Zustände herbeiführen imstande ist. Die Versammlung verpflichtet sich, dafür zu sorgen, daß die Arbeiter in der Baumwollspinnerei ihren für sie bestehenden Organisationsaufgaben zugesührt werden. Die Versammlung ersucht die Gewerbeinspektion, dem Verzeihe ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden und für Befreiung der beschriebenen Zustände behaupt zu sein.“

Stoll. Freitag, 4. Januar, tagte unsere regelmäßige Mitgliederbesprechung bei Kollege. Sie war recht gut besucht. Die Filiale macht übrigens gute Fortschritte. Nach dem Massenbericht wurden in den Vorstand gewählt, die Kolleginnen Will und Wilm als Vorsitzende, Walter und Pagen als Schriftführerinnen, Sadow und Winkmann als Kassiererinnen; Revisoren: Frank, Garber und Winkmann; Kartelldelegierter: K. S. Die Vorsitzende, Kollegin Will, forderte alle Kolleginnen auf, treu mitzuarbeiten an dem Ausbau unserer Organisation, damit unsere Filiale eine Stierbe des Verbandes werde. Mit einem dreimaligen Hoch auf die Organisation schloß sie die Versammlung.

Literatur.

Weltgeschichte. Unter Mitarbeit von 37 Fachgelehrten herausgegeben von Dr. Hans F. Helmolt. Mit 51 Karten und 177 Tafeln in Holzschnitt, Kupfer und Farbendruck. 6 Bände in Halbheft gebunden zu je 10 Mk., aber 18 broschurierte Heftbände zu je 4 Mk. Geogr. u. d. Welt: Mittel- und Nordamerika. Von Karl Wente, Joseph Vigensohn, Eduard Heyd, Karl Paul, Hans F. Helmolt, Richard Wahrenholz, Wilhelm Walthar, Richard Mayr, Clemens Klein, Hans Schöth und Alexander Tille. Mit 6 Karten und 10 Tafeln in Holzschnitt, Kupfer und Farbendruck. Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien.

Mit dem soeben erschienenen sechsten Band (dem Erschienen nach der Arbeit) hat Helmolt's Weltgeschichte ihren Abschluß erreicht; denn für 1907 angekündigte (neunte) Ergänzungsbände soll nur Nachträge, Rückblicke und das Gesamtregister bringen. Wenn man sich, daß 37 wissenschaftliche Kräfte ersten Ranges zusammengewirkt haben, um das Werk glücklich unter Dach und Fach zu bringen, versteht man auch, welche enorme Schwierigkeit für den Herausgeber erwuchs, um seinen Plan bis zu Ende zielbewußt durchzuführen. Der Grundplan und die Anordnung werden von dem Herrschaftlichen der geschichtlichen Bearbeitungen ab; das hat naturgemäß neben der großen Menge begabter Anhänger auch Gegner gegeben. Aber auch diese erkennen das, daß das Werk die Geschichtswissenschaft ein gutes Stück vorwärts gebracht hat. Der vorliegende Band „Mittelamerika und Nordamerika“ umfaßt hauptsächlich die deutsche, italienische und französische Geschichte bis Mitte des 14. Jahrhunderts, wo Band VII mit Renaissance und Humanismus einsetzt; ferner die zwischen Osterrömer und Reformation liegende Geschichte des Christentums und die Geschichte der Engländer und germanischen Nordländer. Den Eingang des Bandes bildet die geschichtliche Ueberleitung vom fünften Band die Behandlung der geschichtlichen Bedeutung der Ostsee. Auch der deutschen Kolonisation des Ostens bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts ist ein längerer, höchstinteressanter Abschnitt gewidmet. Es mag auffallen, daß „Italien vom 6.—14. Jahrhundert“ in diesem Band mit Aufnahme gefunden hat. Aber es ist richtig, daß Italien in den beiden Jahrhunderten seiner mittleren wie auf den Höhepunkten seiner neuen Geschichte zu Mittelamerika gehört hat. Durch Zuführensnahme von Ausblicken auf die folgende Zeit ist es gelungen, eine wenn auch sehr gedrängte, so doch sehr lesbare Geschichte Italiens bis zur Gegenwart zu liefern. — Eine Anzahl Stammbäume und eine statistische Karte mit Verhältnissen ausgewählter und trefflich hergestellter Tafeln in Dunt und Schwarz schmücken auch diesen Band des trefflich ausgestatteten Werkes, dessen Universalität, historisches Präzision und geistreiche Behandlung es mit an erste Stelle der Fundamentalarbeiten deutscher Geschichtsforschung rücken.

Das neue Anzeigebuch gegen die Gewerkschaften. Enthält die Verhandlungen des Reichstages über den „Erfahrungenbericht“ betreffend die gewerblichen Berufsvereine nebst dem Entwurf des Gesetzes, der Erklärung und einer kritischen Betrachtung desselben. Preis 75 Pf. Verlag: Vorwärts.

Briefkasten.

Anfrage. Wer weilt Käufer aus diesen Stoffkreisen? S. Wernan. Es war und für dieses Jahr noch nichts beizusetzen.
D. Altsberg. Ihnen müssen wir daselbe mitteilen.
Kreuer, Berlin. Weiter erwünscht.
J. Ehrlich. Wissen wir auch nicht.

Bekanntmachungen.

Zentralvorstand.

Wir müssen dringend ersuchen, bei allen Geldsendungen an unseren Kassierer Reich die Bestimmung der Gelder auf den Postanweisungsschein anzugeben. Jede Sendung muß mit dem Stempel des Ortsamtes versehen sein. Das selbe wird hinsichtlich aller anderen Sendungen an den Vorstand wie auch an die Redaktionen verlangt. Wir für diese Bestimmung mit auch von den übrigen Verbänden erkennen gehalten sein.

Die Geschäftsführer für Plauen i. B. ist Hugo Bödel als Plauen gewählt. Dies allen Gewerkschaften zur Mitteilung. Der Vorstand.

